

Der Bote aus dem Riesengebirge.



Zeitung für

alle Stände.

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Gegenwärtige Auflage 20500.

Preis: Schriftleitung Nr. 267.

Postcheckkonto Amt Breslau 8316.

Preis: Geschäftsstelle Nr. 38.

Frei-Beilagen: „Das Leben im Bild“ und „Mitteilungen für Landwirtschaft und Haus“.

Bezugspreis:

Bei Abholung von der Post viertelj. M. 3,30
für 2 Monate M. 2,20, für 1 Monat M. 1,10.
Durch die Post frei Haus viertelj. 42 Pf. mehr.
Bei d. Ausgabe in Hirschberg monatl. 1,10.
Bei den auswärtig. Ausgabe mon. M. 1,15

Nr. 68. — 106. Jahrgang.

Hirschberg,

Donnerstag, den 21. März 1918.

Anzeigenpreis:

Die kleine Zeile oder deren Raum für in
den Kreisen Hirschberg, Schönau, Löwenberg,
Landeshut und Bollenhain wohnhafte Aus-
traggeber 20 Pfg., sonst 25 Pfg. Anzeigen im
Anschluß an den Textteil die Zeile 75 Pf.

Rege Gefechtstätigkeit im Westen.

Bandenkämpfe im Osten.

Verlängerung des Waffenstillstandes mit Rumänien.

(Abendbericht.)

wb. Berlin, 19. März, abends.

Regen schränkte an der Westfront die Gefechtstätigkeit ein.
An der Nordfront von Verdun und im Parroy-Walde blieb
das Artillerief Feuer lebhaft.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

(Tagesbericht.)

wb. Großes Hauptquartier, 20. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Zwischen der Ägäis und dem La Bassée-Kanal dauerte die rege
Erfundungsstätigkeit fort. Das in diesem Abschnitt am frühen Mor-
gen ablaufende Artillerief Feuer nahm am Nachmittag an Stärke zu.
An der libralen Front lebte die Gefechtstätigkeit in den Abendstun-
den südwestlich von Cambrai, zwischen Oise und Ailette, nördlich
von Berry-au-Bac und an einzelnen Stellen in der Champagne auf.

Seeresgruppen General Gallwitz und Herzog Albrecht.

Der Generalkampf bei Verdun ging heftig weiter. Die beider-
seitige Artillerie bekämpfte sich vielfach mit großem Munitionsein-
satz. Nordöstlich von Dures brachte ein eigenes Unternehmen Ge-
fangene und Maschinengewehre ein. Starke Tätigkeit entwickelte
der Feind im Parroy-Wald. Das am frühen Morgen gesteigerte
Feuer hielt fast ohne Unterbrechung bis zur Dunkelheit an. Auch
in den Abschnitten von Diamont und Badonviller war die fran-
zösische Artillerie rege.

Osten.

In der Ukraine haben württembergische, zur Sicherung der von
Odessa nach Nordosten führenden Bahn vorgehenden Truppen
bei Rowo Ukrainas härtere Banden im Kampf vertrieben.

Der vertragsgemäß am 19. März abgelaufene Waffenstill-
stand mit Rumänien wurde bis zum 22. März Mitternacht
verlängert.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister

Ludendorff.

Oesterreichisch-ungarischer Bericht.

wb. Wien, 18. März. Amtlich wird verlautbart:

Keine Ereignisse von Belang.

Der Chef des Generalstabes.

Heute 18000 Tonnen.

wb. Berlin, 19. März. (Amtlich.)

Ubooterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18000
Brutto-Register-Tonnen. Ein tiefbeladener bewaff-
neter Dampfer wurde an der englischen Ostküste aus stark gesicher-
tem Geleite herausgeschossen. Ein anderer Dampfer, wahr-
scheinlich mit Munitionsladung, versank augenblicklich nach der
Torpedobetonation.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Marghiloman rumänischer Ministerpräsident.

wb. Bukarest, 19. März. Marghiloman ist zum Mi-
nisterpräsidenten ernannt.

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien dürften nunmehr
wohl bald zum Abschluß gelangen.

Schneller Frieden — die alleinige Rettung der Entente

in Rotterdam, 19. März.

Der Herausgeber der „Daily Mail“ sagt in einem aufsehen-
erregenden Leitartikel, daß die Kriegshärte trotz der Northcliffe-
propaganda entschieden zugunsten des Vierbundes liege. Die
Wahrheitsliebe erfordere die Erklärung, daß die Entente sich nur
dadurch aus ihrer mißlichen Situation retten kann, indem sie ohne
Aufschub Frieden schließt. Jeder Tag verbessere die Lage der
Mittelmächte und mache jene der Alliierten hoffnungsloser.

Die elsass-lothringische „Frage“.

Nach 47 Jahren, also zu einem als Jubiläumstag etwas un-
gewöhnlichen Termin, hat man am 1. März in der Pariser Gar-
bonne mit allem erdenklichen Pomp und mit dem Aufwand raffi-
niertester politischer Regie das Gedächtnis des Tages gefeiert,
an dem, im Jahre 1871, die Elsässer auf der Nationalversammlung
in Bordeaux gegen die Abtrennung der späteren Reichslande von
der „Mutter Frankreich“ protestiert hatten. Blumenthal, Wetterlé,
Beill und die anderen Verräter waren da und Pichon hielt in
Gegenwart der dazu befohlenen Bürgermeister des „wiedergewon-
nenen Elsass“, d. h. desjenigen Flecks oberelsässischer Erde, den
die Franzosen dank den weittragenden Geschüssen Velforts bis
jetzt noch behaupten können, seine bekannte Rede von der „Un-
trennbarkeit“ Frankreichs und Elsass-Lothringens.

Die Neue Straßburger Zeitung hat vor einigen Tagen dieser
theatralischen Veranstaltung aus den Erinnerungen des einstigen
elsässischen Abgeordneten Schneegans, der selber der geschichtlichen
Protestversammlung in Bordeaux beigewohnt hat, die Meinung
dieses echten Sohnes des Elsass gegenübergestellt. Schneegans
schildert in seinen „Denkwürdigkeiten“ diese Versammlung, die
„wirklich die treue Vertreterin Frankreich gewesen sei, eine Ver-
sammlung ruhiger, konservativer, katholischer, ängstlicher, eifrig
nach Frieden, Ruhe und Genuß trachtender Männer, die ohne
Zaudern 5 Milliarden und das Preisgeben Elsass-Lothringens
durch ihre Abstimmung genehmigen sollten“. Die elsässischen Ab-
geordneten seien geradezu empört gewesen über die vollständige
Gleichgültigkeit, die sie bei der großen Mehrheit der Abgeordneten
hinsichtlich des künftigen Schicksals der elsässischen Bevölkerung
trafen. „Ach“ — sagten sie untereinander, um ihre Gewissens-
bisse einzuschläfern — „diese Elsässer sind immer
Deutsche gewesen; schließlich nimmt Preußen
sein Eigentum zurück!“ Als Schneegans selbst be-
antragte, einen Friedensschluß zurückzuweisen, der das Elsass den

Remon preisgegeben, gab ihm der Präsident der Versammlung die Antwort: „Wir wissen in der Tat, daß ein ganz beträchtlicher Bruchteil des Elsaß leider preussische Sympathien hat.“

Lieft man diesen Bericht des damaligen Partikularisten Schneegans, so versteht man, warum sich die Franzosen auch im Anschluß an die Gedenkfeier vom 1. März so leidenschaftlich gegen jede Art von Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen zur Wehre gesetzt haben. Von den „vier Lösungen“, die noch im Jahre 1913 Gustave Hervé in seinem Buch über Elsaß-Lothringen vorgeschlagen hatte, ist natürlich überhaupt nicht mehr die Rede. Höchstens die „Maximallösung“ Hervés, wonach eben das Reichsland völlig wieder in die Hände Frankreichs zurückgegeben und Deutschland dafür mit einem eigenen großen afrikanischen Reich entschädigt werden sollte, scheint man drüben noch erörtern zu wollen. Eine andere Lösung sah Hervé damals in der Neutralisation der Reichslande, eine „Zwischenslösung“ in einer Teilung von Elsaß-Lothringen zwischen Deutschland und Frankreich und eine „Minimallösung“ darin, daß Elsaß-Lothringen dem deutschen Staat voll einverleibt bleibe, aber die republikanische Selbstregierung erhalten solle. Wichtiger als diese Vorschläge, die ja in ihrer ganzen Phantastik der Krieg genügend enthüllt hat, sind die Bemerkungen des jetzigen Erziehungswissenschaftlers Hervé, die sich in demselben Buch finden, das Zugeständnis, daß „unter der deutschen Herrschaft Elsaß-Lothringen einen Aufschwung genommen habe, den es vor der Annexion nie gekannt, daß Schulen, Straßen, Eisenbahnen, öffentliche Plätze, Denkmäler, Fabriken und Warenhäuser das ganze alte Elsaß-Lothringen umgestaltet hätten, daß nach der schematischen und nachlässigen französischen Verwaltung die deutsche, obwohl ein wenig rau in ihrem Verfahren, wie eine Fee Wunder gewirkt habe an Initiative und Intelligenz.“

Angesichts dieser französischen Stimme sollten allmählich doch auch in Frankreich ernste Politiker verstehen, warum es für uns, nach den Worten Bethmann Hollweg und Bühlmanns, keine elsaß-lothringische „Frage“ gibt, oder warum doch diese Frage, wenn sie überhaupt zugegeben wird, von unserem ganzen Volke als eine deutsche Frage angesehen wird. Einen in vielfacher Richtung bemerkenswerten Beitrag zu dieser deutschen Frage hat vor einigen Monaten E. J. Brentano in seinen (bei Erich Reiss in Berlin erschienenen) „Elsaß-Lothringische Erinnerungen“ geliefert. Brentano ist bekanntlich von 1881 bis 1886 Lehrer an der neuen deutschen Straßburger Universität gewesen, und er hat in diesen Jahren Gelegenheit gehabt, einen tiefen Einblick in die Ursachen dessen zu gewinnen, was man heute das elsaß-lothringische Problem nennt: in die wohlgemeinte, in ihren Ergebnissen aber doch so grundfalsche Politik des Feldmarschalls von Manteuffel mit ihrer künstlichen Großartigkeit und Begünstigung des „Notablen“-Wesens, in die Unterlassung einer wirklich kulturellen und vor allen Dingen politischen Verschmelzung Elsaß-Lothringens mit dem deutschen Mutterlande. Besonders beachtenswert aber ist, was Brentano gegenüber dem Präsidenten Wilson und den Pazifisten über die Verchtigung der seinerzeitigen Wiedervereinigung der Reichslande mit dem Reiche sagt. Er steht auf dem Standpunkt, daß der gegenwärtige Krieg dadurch allein, daß wir Elsaß-Lothringen nicht annektiert hätten, nicht vermieden worden, daß die einzige Wirkung vielmehr gewesen wäre, daß dieser Krieg sich statt wie jetzt auf französischem Boden in Baden und Württemberg, in der bayrischen Pfalz und der preussischen Rheinprovinz abgespielt haben würde. Schließlich untersucht Brentano die Haltung der Elsaß-Lothringer zum Krieg, um dann seine Lösung des elsaß-lothringischen Problems zu begründen: die Umwandlung der Reichslande in einen selbständigen und vollkommen gleichberechtigten deutschen Bundesstaat mit voller Freizügigkeit aller Talente, für deren Bewirtung das Land selbst zu klein ist, und aus der sich eben auch jene Fülle von Familienbeziehungen ergeben würde, die unerlässlich sind, damit die Elsaß-Lothringer in Deutschland ihr Vaterland sehen. Die Einverleibung Elsaß-Lothringens in das Deutsche Reich sei unter Umständen auch gegen den Willen eines Teiles seiner Bevölkerung zu verteidigen, weil es im Lebensinteresse des Deutschen Volkes gelegen sei, im Lebensinteresse von heute rund 18 Millionen, dem die Wünsche der einen Million Elsaß-Lothringer, wenn soviel nach Frankreich neigen sollten, zu weichen

hätten. Aber dieses Argument könne natürlich nicht geltend gemacht werden, die Elsaß-Lothringer ihres Rechts auf Selbstregierung in und außerhalb des Deutschen Reiches zu berauben. Die weit überwiegende Mehrheit der elsaß-lothringischen Bevölkerung erkenne die kulturelle und vor allem die wirtschaftliche Zugehörigkeit zum Reiche. Ihre volle Anerkennung als deutscher Bundesstaat sei ihr heißester Wunsch!

Amerikanische Friedensentente.

Berlin, 19. März.

Die Newyorker World veröffentlicht eine „autoritative“ Erklärung, der zufolge gegenwärtige Friedensverhandlungen zwischen der Entente und den Mittelmächten vor sich gehen. Diese Friedensverhandlungen sollen durch gewisse Vorschläge und Anregungen der Vereinigten Staaten in Gang gebracht worden sein. Washingtoner Telegramme der Newyorker Tribune, von einem Minister des Aeußeren eines Verbündeten herrührend, stellen fest, daß die Verbündeten der Weltlandschaft versucht haben, in Fern Verhandlungen über den Frieden mit der Entente anknüpfen. Nachdem diese gescheitert waren, traten die Vertreter Oesterreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens an einen Vertreter der Vereinigten Staaten heran, dessen Persönlichkeit bis jetzt unbekannt blieb. An Berliner unterrichteten Stellen wird seit längerer Zeit beobachtet, daß Meldungen dieses und ähnlichen Inhalts von der Entente-Presse verbreitet werden, welche mit der Behauptung, daß die Meldungen von deutscher Seite lanciert seien. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß von deutscher Seite Besprechungen oder Verhandlungen der in der obigen Meldung behaupteten Art nicht geführt werden. Auch ist nichts bekannt darüber, daß einer unserer Verbündeten mit den Vereinigten Staaten irgendwo in Fühlung wegen eines Friedens stehe.

Die Friedensverträge im Reichstage.

3 Berlin, 19. März.

Am Dienstag wurde die Beratung der Friedensverträge mit Rußland und Finnland im Reichstage fortgesetzt.

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Der deutsche Aufstieg hat die Seemannschaft Englands und Rußlands geschaffen. Nicht Deutschland zurückgeworfen das alte Zarenreich, sondern die Zarenmacht ging zugrunde, weil Deutschland schon vor dem Kriege mächtiger war als Rußland. Wir haben Rußland den Rücken gedeckt, als es seinen Krieg mit Japan führte. Wir haben Italien ermöglicht, Tripolis zu besetzen. Wir haben für all das seinen Dank geerntet. Ein irgendwie organisierter Boykott gegen deutsche Waren, eine organisierte Abschneidung von Rohstoffen ist nicht möglich. Dazu ist die Segensucht nach deutschen Waren in der Welt zu groß. England hat jetzt, wo es die Folgen des Ubootkrieges immer mehr spürt, sehr geschickt den Wirtschaftskrieg wieder in den Vordergrund gestellt, um in gewissen Kreisen Deutschlands den Gedanken wachzurufen, daß auch ein siegreiches Deutschland mit Rücksicht auf diesen Wirtschaftskrieg sich den Forderungen Englands fügen müßte. Man kann die Verhältnisse Rußlands nicht anders regeln, als die Englands und Irlands. Das Baltikum ist eine Einheit. Ueber Posen und Westpreußen und über Elsaß-Lothringen diskutieren wir nicht. Wenn im militärischen Interesse die Einverleibung polnischen Gebietes notwendig ist, dann stellen wir unsere politischen Bedenken zurück. Man soll nicht eine Kriegsschädigung ohne weiteres ablehnen. Wo besteht für die Feinde noch die geringste Hoffnung auf Sieg?

Abg. Graf Westarp (kons.): Der Friedensschluß im Osten gehört zu den größten Ereignissen der Weltgeschichte. Unsere Monarchie hat sich dem russischen Zarismus, aber auch der russischen Demokratie überlegen gezeigt. Im Westen haben wir jetzt nach Ludendorffs Aussage auch die zahlenmäßige Uebermacht. Das ist für mich das wesentlichste Ergebnis des Ostfriedens. Unsere Grenzen müssen nach Osten möglichst vorgezogen und gesichert werden. Wir sind bei der Ausbedingung wirtschaftlicher Forderungen außerordentlich bescheiden gewesen. Gegenüber Rumänien und namentlich noch dem Westen hätten wir nicht so bescheiden sein, vor allem müssen wir eine kräftige Kriegsschädigung fordern. Im Westen haben wir jetzt freie Hand, um Entschädigungen zu fordern, und unsere Grenzen zu sichern. Von Mißlingungseinsparungen nach dem Frieden darf keine Rede sein.

Abg. Ledebour (l. So.): Wir lehnen den Friedensvertrag natürlich ab. (Beifall.)

Abg. Fürst Radziwill (Pole): Auch wir haben ein Interesse an einem freundschaftlichen Verhältnis zwischen Polen und Deutschland. Bei beiderseitigem gutem Willen werden auch die bestehenden Schwierigkeiten noch überwunden werden. An uns soll es nicht fehlen.

Abg. Mumm (Dsch. Fr.) weist die Anarisse der Sozialdemokraten gegen die Balken zurück. Mit den Balken verbündet und eine treue Bluts- und Geistesgemeinschaft.

Abg. Samsen (Däne) erklärt, daß die Bewohner der Alandsinseln eine Wiedervereinigung mit den Schweden wünschen.

Die Vorlage geht an den Hauptausschuß.

Die Entente protestiert gegen den Ostfrieden.

Die am Donnerstag, Freitag und Sonnabend voriger Woche abgehaltene Konferenz der Entente hat die Veröffentlichung einer Erklärung beschlossen, deren Wortlaut heute nacht erschienen ist. Diese Erklärung gliedert darin, daß die Regierungen der Entente die Abmachungen Deutschlands mit Rußland und Rumänien nicht zur Kenntnis nehmen, daß sie den Krieg zur Befreiung aller Völker fortsetzen und daß sie ihren eigenen Völkern empfehlen, das Vertrauen zu bewahren, daß die Armeen der Entente tüchtig genug sind, um auf den Schlachtfeldern den Triumph der Zivilisation zu vollenden. Das interessanteste in dieser ganzen Botschaft ist, daß sie sich ausdrücklich nur gegen Deutschland richtet, von dessen Bundesgenossen weder insgesamt noch im einzelnen die Rede ist. Die ganze Erklärung ist gewiß nicht geeignet, die Stimmung des französischen Volkes zu heben. Sie ist unmaßend und doch kleinlaut.

tu. Haag, 19. März.

Das englische Auswärtige Amt veröffentlicht eine Mitteilung, in der es heißt: Die Premierminister und die Minister des Auswärtigen, die in London versammelt sind, halten es für ihre Pflicht, Kenntnis zu nehmen von dem politischen Verbrechen, das unter dem Namen eines deutschen Friedens gegen das russische Volk begangen worden ist. Als der deutsche Frieden in Wirkung trat, ergab sich, daß es eine Vergeßlichkeit russischen Gebietes war, eine Verwüstung und Inbesitznahme von Rußlands Verteidigungsmitteln und die Organisation des russischen Widerstandes in Deutschlands Vorteil, also eine Handlungsweise, die sich von einer Annexion nicht unterscheidet, trotzdem dieses Wort vermieden wurde. Polen, dessen heftigster Geist furchtbare Volkskrawalle überlebte, wird von seiner vierten Aufstellung bedroht und um das Unrecht voll zu machen, wird die Parole, daß die letzte Spur seiner Unabhängigkeit verschwinden soll, durch betrügerische Freiheitsversprechungen verklärt. Was von Rußland und Polen wahr ist, ist nicht minder wahr von Rumänien, das ebenfalls überwältigt wurde durch die mittellose Herrschaft. Wir kämpfen und beabsichtigen, den Kampf fortzusetzen, um für immer diesen Methoden von Völkerverdrängungen ein Ende zu machen und eine friedliebende, gerechte Regierung an ihre Stelle zu setzen. Soweit die Ereignisse von den Schlachten abhängen, die noch kommen müssen, können die Nationen, deren Schicksal auf dem Spiel steht, den Armeen vertrauen, die unter schwierigeren Umständen als die heutigen gezeigt haben, daß sie der großen Aufgabe, vor die sie gestellt sind, gewachsen sein werden.

Die entscheidende Abstimmung in Moskau.

Die Times meldet aus Petersburg: Aus einer vorläufigen Zählung der Stimmen der Provinzialräte geht hervor, daß 109 Räte für einen unmittelbaren Friedensschluß nach den Brest-Litowsker Bedingungen waren und 83 sich dagegen erklärten. 13 % der Bauernräte, 27 Proz. der Arbeiterräte und 35 Proz. der technischen Räte waren gegen einen Frieden um jeden Preis.

Die Londoner Beratungen.

In der Londoner Konferenz haben, wie die Zeitungen noch mitteilen, von französischer Seite außer Clemenceau und Bichon auch die Minister der Marine, der Rüstungen, des Verkehrs und des Handels teilgenommen, sowie die Generäle Foch und Weyland. Auch der amerikanische General Bliss war mit Clemenceau nach London gereist. Clemenceau hat gestern dem Präsidenten Voicars Bericht über den Verlauf der Konferenz erstattet. Unter dessen hat sich aber der Minister des Innern Bichon krank gemeldet. Er ist aus London mit einer angeblich leichten Infektion zurückgekehrt und muß das Zimmer hüten. Ob ein Zusammenhang zwischen dieser Erkrankung und den Besprechungen Clemenceaus besteht, wird sich bald zeigen.

Der Schiffsraub an Holland.

Aufregung in Holland.

tu. Amsterdam, 19. März.

Die verschiedensten Gerüchte machen heute die Runde in der Stadt. Einerseits soll Deutschland die Kohlenlieferung an Holland eingestellt haben, andererseits sollen die alliierten Regierungen die Bedingungen Hollands verworfen haben und es soll heute mittag in der holländischen Zweiten Kammer in dieser Angelegenheit eine offizielle Mitteilung abgegeben werden. Auf Grund dieser letzten Mitteilung bestand auf der Amsterdamer Börse heute für Schiffahrtswerte nicht die geringste Kauflust. Insbesondere war die Stimmung für die indischen Schiffslinien sehr flau. Die Presse gibt weiter ihrer Mißbilligung und Entrüstung über den Regierungsbeschluss Ausdruck, und es zeigt sich immer deutlicher, daß die Regierung den nationalen Geist in ihrer gestrigen Erklärung nicht bewiesen hat. Die Aufnahme, welche der Beschluß der Regierung, sich den Bedingungen der Alliierten zu fügen, in der Presse ganz Hollands gefunden hat, war für uns sehr angenehm überraschend. Wir hatten nicht zu hoffen gewagt, daß in unserem Lande eine so einstimmige Ueberzeugung herrscht, daß es besser sei, große Opfer zu bringen, als vor Drohungen zu weichen. So einstimmig sagen wir, denn die einzige Ausnahme macht der „Telegraf“, den wir nicht als ein nationales Blatt ansehen. Die „Id“ schreibt:

„Wer gestern wahrnahm, welch einen Eindruck die Veröffentlichung der Regierungserklärung machte, hat zugleich Gelegenheit gehabt, zu bemerken, daß die bekannten Gefühle gegen England seit dem Burenkrieg nicht milder geworden sind, im Gegenteil. Alles, was die Staatsmänner Großbritanniens in den letzten Jahren gegen das Völkerricht verübt und verbrochen haben, alle Machinationen, denen neutrale Länder von dieser Seite ausgesetzt waren, alle Schikanen, womit sie Verträge verletzten und verletzten, sind uns bewußt geworden, und wir fühlen diesen Völkerricht des zünftigen Völkerrichts gegen Recht und Freiheit wie ein Dorn, den wir schwer vergeblich werden. Wir verstehen auch unsere Regierung nicht. Unser Volk hat unter dem Joch Englands und Amerikas hindurchgehen müssen, wir mußten uns beugen. Warum, fragen wir uns, ist auch nur irgendwie dem holländischen Volkswillen Rechnung getragen worden, der bezüglich der schmachvollen Bedingungen der Alliierten ein „recessimus“ ausrief, und diese Sache mit Recht als eine Sache nationaler Ehre betrachtet.“

Einstimmige Entrüstung in der holländischen Kammer.

wb. Haag, 19. März. (Draht.)

Der Minister des Auswärtigen, London, erklärte: Obwohl die Regierung noch keine Mitteilung über die Aufnahme erhalten habe, welche die niederländischen Bedingungen bei den Alliierten gefunden hätten, halte er es für nützlich, der Kammer, um seine gestrige Erklärung gut verständlich zu machen, mitzuteilen, daß die Bedingungen der Niederlande bei der Besprechung in London zugestimmt hätten, einen Teil der niederländischen Tonnage den Alliierten unter der Bedingung zur Verfügung zu stellen, daß die Schiffe nicht in der Gefahrenzone fahren würden. Daß die Schiffe zur Verfügung gestellt würden, widerspreche der Neutralität ebenso wenig, wie die Fahrten durch die gefährdete Zone. Wenn die Regierung sich energisch gegen die neue Forderung der Alliierten wandle, so geschah es, weil die Alliierten einen Zwang ausüben, gegen den sich der Geist des Volkes empört. Die Gefahr für unsere Flotte ist durch diese Forderung vergrößert, zumal wenn wir, indem wir Fahrten durch die gefährdete Zone machen, Clappen-dienste mit unseren Schiffen verrichten müssen. Die Regierung versucht durch die Bedingung Abhilfe zu schaffen, daß Transporte von Truppen und Kriegsmaterial nicht zugelassen würden. Die Gefahr für unsere Flotte kann nicht verhindert werden. Der Minister hob sodann hervor, daß gemäß einer Mitteilung die Absicht zu bestehen scheint, die ganze niederländische Flotte, die sich außerhalb der niederländischen Häfen befindet und ungefähr 100 000 Tonnen beträgt, zu requirieren. Das wesentliche Interesse der Niederlande ist, ihre Handelsflotte zu retten, das sei ein vitales Interesse um ihrer Kolonien willen. Wenn die Alliierten unsere Schiffe requirieren würden, werden sie nicht mehr niederländische Schiffe sein. Die Kolonialschiffahrt wird unmöglich. Deutschland beherrscht die Zone, die uns für unsere Schiffahrt freigelassen worden ist. Nach der Requisition wird Deutschland ersüßt sich der Ausreise unserer Schiffe widersetzen. Sodann widersprach der Minister der Behauptung der Zeitungen der Alliierten, daß die Niederlande ihr Versprechen nicht erfüllten, gemäß der vorläufigen Vereinbarung auszufahren. Die niederländische Regierung hat die amerikanische Regierung sofort wissen lassen, daß es für Holland unmöglich sein würde, für den Hilfsdienst in Belgien Fahrten auszuführen.

Der Führer der christlich-historischen Partei, de Savornin Lohmann erklärte, daß er erkannt sei über die Erklärung der Regierung, welche im Widerspruch mit einer Erklärung über die Forderung der Alliierten stünde. Er fragte, ob die Regierung einem Zwang gewichen sei, ferner, warum die Regierung von Deutschland 100 000 Tonnen Weizen innerhalb zweier Monate gefordert habe, während aus der Erklärung des Landwirtschaftsministers hervorgehe, daß die Niederlande noch bis Juli oder August Brot hätten. Warum gibt die Regierung Rechte des niederländischen Volkes preis, ohne mit den Generalläuten verhandelt zu haben? Unser Volk ist nicht so entartet, daß es nicht Not und Mangel vorziehen würde, um seine Unabhängigkeit zu retten. Wir haben nichts gewonnen, sondern nur verloren, indem wir in der Weise handelten. Wir verlieren unser Recht auf Entschädigung von verlorenen Schiffen. — Der liberale Unionist Pattison stellte fest, die Zukunft ist dunkel, aber wir empfinden noch schmerzlicher die Kränkung unseres nationalen Gefühls. Die Entrüsteten Proteste unserer Presse geben die Gefühle des Volkes wieder. Die Alliierten haben ihr Bestes getan, um uns den Mittelmeerraum in die Arme zu treiben. Die Verantwortung ruht bei der Regierung. — Der gemäßigtere Liberale Nobel protestiert gegen die Ungerechtigkeit, die das niederländische Volk ertragen würde. Unser Volk sagt er, ist tief enttäuscht über die Forderung der Alliierten. Reiter hält es für nützlich, dem niederländischen Volk zu erzählen, daß diese Forderung kein Secraus sei. Die Forderung der Regierung sei eine Entschädigung für den Redner gewesen. — Der Sozialdemokrat Troelstra sagte, die Erklärung der Regierung habe in weiten Kreisen des Volkes Empörung hervorgerufen. Troelstra fuhr fort, man habe das Gefühl gehabt, die Regierung sei der Gewalt gemichen. Die letzte Mitteilung des Ministers hätte den Eindruck bewirkt, aber es sei das Los der kleinen Völker, der Gewalt zu weichen. Bisher haben die Niederlande sich geweigert, an der Ungerechtigkeit mitschuldig zu sein und ihre Neutralität im strengen Sinne aufrecht zu erhalten. Der Redner zögerte auszu-

sprechen, daß die Regierung jetzt ihre Neutralität aufgegeben habe. Er behalte sich sein Urteil bis nach der Antwort der Regierung vor. Wie wird die Haltung der Mittelmächte gegenüber der Vereinbarung mit den Alliierten? Was Deutschland betreffe, so gehe das Abkommen zwischen diesem und den Niederlanden am 31. März zu Ende. Der Redner schließt sich der Meinung Lohmanns, daß die Bedingung, die man Deutschland gestellt habe, den Niederlanden 100 000 Tonnen Weizen innerhalb zweier Monate zu liefern, zu bestimmt gewesen sei. Wenn die Niederlande noch bis zum August Getreide hätten, so sei es nicht notwendig, eine solche Bedingung zu stellen. Uebrigens, sagte der Redner, sei es sehr zweifelhaft, ob die Niederlande die 100 000 Tonnen Weizen von den Alliierten bekommen würden. Es sei ihm sogar zweifelhaft, ob die Alliierten die Bedingungen der niederländischen Regierung annehmen würden. Das holländische Volk darf also in der Frage der Lebensmittelversorgung nicht seine ganze Hoffnung auf die Alliierten setzen, sondern müsse versuchen, Getreide aus der Ukraine zu erhalten. Die Regierung muß daher in dieser Richtung weiterwollenden Unterstützung der Niederlande nicht. Deswegen müssen wir Schritte tun, um Getreide von Deutschland zu erhalten. Der Redner ist der Ansicht, daß Deutschland nicht im Unrecht sein würde, wenn es die Haltung der Niederlande gegenüber den Alliierten als eine tatsächliche Unterstützung dieser Kriegsführung betrachte. Der liberale Unionist Baurasse bedauert, daß die Regierung in der Frage der auswärtigen Politik nicht in fortwährender Fühlung mit dem Parlament geblieben sei. — Der antirevolutionäre Abgeordnete Banderbord Banzijp rügt, daß die Regierung nicht mit dem Parlament zusammengewirkt habe.

Die „höflichen“ Räuber.

vb. London, 19. März. Reuter. Die „Times“ erfahren aus New York vom 18. März: Die Behörden verschoben die Beschlagnahme der 700 000 Tonnen niederländischen Schiffsraums in den amerikanischen Häfen. Der Ausschub wurde aus Stillheit gegen die niederländische Regierung beschlossen, um ihr noch etwas Zeit zu lassen, die Vereinbarung über die Verwendung der holländischen Schiffe durch die Alliierten zu unterzeichnen.

England verschärft die Drohungen.

vb. London, 20. März. (Draht.)

Reuter erklärt, daß der englischen Regierung bis heute Nachmittag noch keine Antwort der Regierung der Niederlande auf die Note der Alliierten zugegangen wäre. Es liegt also weder eine Bestätigung des britischen Gesandten, noch eine der niederländischen Gesandten in London vor, daß die niederländische Regierung den ihr vorgeschlagenen Bedingungen zugestimmt habe. Infolgedessen ist eine neue Notifikation nach dem Haag abgehandelt worden, wonach die Alliierten mangels einer unzweideutigen Annahme der Note der Alliierten zu einer sofortigen Beschlagnahme der Schiffe schreiten müßten. Da Telegramme aus Holland den Anschein erwecken, als ob die Regierung der Niederlande die Note der Alliierten angenommen habe. Auch sollte von neuem betont werden, daß der bloße Versuch einer zögernden Annahme ein modus vivendi vom vergangenen Januar seitens Hollands der Sachlage nicht gerecht wird, da sich die Situation seitdem von Grund auf geändert hat.

Die Vorschläge Hollands abgelehnt.

vb. Berlin, 20. März. (Draht.) An der Rotterdamer Börse behaupteten gestern nach einer eigenen Meldung der „Nordd. Allg. Ztg.“ informierte Kreise mit Bestimmtheit, daß die alliierten Regierungen den Vorschlag Hollands gestern abgelehnt haben. Die Tatsache, daß die Kohlenzüge aus Deutschland ausbleiben, habe die Besorgnis hervorgerufen, daß Deutschland seine Grenzen zu schließen beabsichtigt. Diese Annahme sei unzutreffend.

Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky

Ist auch im Hauptausschuß des Reichstages am 6. März beschroben worden. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht jetzt den amtlichen Bericht über diese Sitzung. Wir geben zunächst die Ausführungen des stellvertretenden Reichskanzlers v. Bahrer wieder:

Es handelte sich in erster Linie um eine Denkschrift des Fürsten Lichnowsky vom 14. August 1916, der von 1912 bis 1914 das Deutsche Reich in London vertreten habe. Sie sei datiert vom 1. August 1916 und beziehe sich auf unsere Auslandspolitik seit der Zeit des Fürsten Bismarck, die der Fürst im Zusammenhang mit einer Schilderung seiner Londoner Tätigkeit niedergeschrieben habe. Ueber ihre Entstehung und Veröffentlichung habe sich 2. selbst am 5. d. M. dem Reichskanzler gegenüber folgendermaßen geäußert:

„Eurer Excellenz ist es bekannt, daß rein private Aufzeichnungen, die ich im Sommer 1916 niederschrieb, durch einen unerhörten Vertrauensbruch den Weg in weitere Kreise gefunden haben. Zur Erläuterung der Angelegenheit darf ich nachstehendes berichten:

Es handelt sich im wesentlichen um subjektive Betrachtungen über unsere gesamte Auslandspolitik seit dem Berliner Kon-

greffe. Ich erblicke in der seitherigen Abkehr von Rußland und in der Ausdehnung der Bündnispolitik auf orientalische Fragen die eigentlichen Wurzeln des Weltkriegs. Daran anschließend unterzog sich auch unsere Marokko- und Flottenpolitik einer kurzen Beleuchtung. Meine Londoner Mission konnte hierbei naturgemäß umsoweniger unberücksichtigt bleiben, als ich das Bedürfnis empfand, der Zukunft gegenüber und zu meiner eigenen Rechtfertigung die Einzelheiten meiner dortigen Erlebnisse und Eindrücke zu notieren, ehe sie meiner Erinnerung entschwanden. Diese Aufzeichnungen nur für das Familienarchiv bestimmten Aufzeichnungen, die ich ohne Material oder Notizen aus der Zeit meiner amtlichen Tätigkeit aus dem Gedächtnis niederschrieb, glaubte ich einigen ganz wenigen politischen Freunden, zu deren Urteil ich das gleiche Vertrauen besaß wie zu ihrer Überlässigkeit, gegen die Aufzeichnung unbegrenzter Verschwiegenheit zeigen zu können. Leider hat einer dieser Herren ohne mein Wissen einem in der politischen Abteilung des Generalstabs angestellten und mir unbekannten Offizier, der sich für die einschlägigen Fragen lebhaft interessierte, meine Schrift zu lesen gegeben. In völliger Verkennung der Tragweite seines Schrittes hat letzterer die Schrift vervielfältigt und an eine Reihe mir meist unbekannter Persönlichkeiten verschickt. Als ich den Unfug erfuhr, war es leider schon zu spät, um alle ausgegebenen Exemplare restlos einzuziehen zu können. Ich habe mich dem damaligen Reichskanzler, Herrn Dr. Michaelis, daraufhin zur Verfügung gestellt und ihm mein fleißiges Bedauern über die ganze peinliche Angelegenheit zu erkennen gegeben. In steter Fühlung mit dem Anstößigen Amt bin ich seither bestrebt gewesen, der weiteren Verbreitung meiner Betrachtungen möglichst entgegenzuwirken, leider ohne den gewünschten Erfolg. Eurer Excellenz wollen wir gestatten, mein bereits mündlich vorgebrachtes lebhaftes Bedauern über den höchst ärgerlichen Vorfall noch in dieser Form zu erneuern. In aufrichtiger Verehrung Eurer Excellenz ganz gehorsamer aca. Lichnowsky.

Mittlerweile habe der Fürst sein Abschiedsgesuch eingereicht und bewilligt erhalten, und da ihm zweifellos keine böse Absicht vorgelegen habe, sondern es sich mehr um eine Unvorsichtigkeit gehandelt habe, habe man davon abgesehen, weiter gegen den Fürsten vorzugehen. Wohl aber müsse gegen einzelne seiner Darstellungen und Behauptungen auch im Hauptausschuß Widerspruch erfolgen. Das gelte namentlich von den Behauptungen über die politischen Vorgänge in den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges. Diese Vorgänge seien dem Fürsten aus eigener Wissenschaft nicht bekannt. Es seien ihm anscheinend von dritter, falsch unterrichteter Seite unzutreffende Informationen zugegangen, welche Möglichkeit der Fürst auch selbst zugegeben habe.

Als Schlüssel für die Irrtümer und die Fehlschlüsse der Denkschrift sei vielleicht auch noch die auffällige Ueberschätzung der eigenen Verdienste durch den Fürsten heranzuziehen, die von einem jüdischen Haß gegen diejenigen begleitet sei, die seine Leistungen nicht so anerkennen, wie er es erwarte. Uebereinstimmend mit diesem Rüge ziehe sich durch die ganze Denkschrift hindurch eine auffällige Verehrung für die fremden Diplomaten, namentlich die englischen, die wahrhaft liebevoll geschildert würden, und im Gegensatz dazu eine ebenso auffällige Geringschätzung gegen fast sämtliche deutschen Staatsmänner. Das Resultat sei gewesen, daß der Fürst in nicht seltenen Fällen gerade die eifrigsten Gegner Deutschlands als dessen beste Freunde angesehen habe, weil sie sich mit ihm persönlich gut gestellt hätten. Bei einer solchen Verkennung der Menschen sei es kein Wunder, daß der Fürst bei seiner Darstellung zu falschen Schlüssen gekommen sei. So gebe er selbst zu, daß er der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zunächst keine weitergehende Bedeutung beigemessen und es übel bemerkt habe, daß man in Berlin die Lage anders beurteilt habe. Schon dieser Irrtum allein mache es erklärlich, daß der Fürst kein ungebrochenes Verständnis für die folgenden Ereignisse und deren Bewertung gehabt habe.

Im einzelnen gebe aus der Denkschrift hervor, daß der Fürst schon im Sommer 1914, wie bei Abfassung der Denkschrift die Ansicht vertreten haben wolle, daß trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers der Friede hätte von der deutschen Regierung durch Einwirkung auf Oesterreich aufrechterhalten werden können, wenn sie nur die Friedensliebe Englands genügend ausgenutzt hätte; von Rußland wäre, wenn dies geschehen wäre, ein militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen. Wie falsch eine solche Politik gewesen wäre, sei jetzt durch die Aufklärungen des Enckwilmow-Prozesses überzeugend festgestellt.

Die angeblichen Tatsachen, auf die der Fürst sich zur Rechtfertigung seiner Politik berufe, ständen im einzelnen vielfach im direktem Widerspruch mit der objektiv festzustellenden Wahrheit. Redner führt dies im einzelnen aus. So bezüglich der Behauptung des Fürsten, daß Graf Morike zum Kriege gedrängt habe, bezüglich des am 5. Juni 1914 in Potsdam abgehaltenen Kronrats und der Verendung eines österreichischen Protokolls über den angeblichen Kronrat an den Grafen Mensdorff nach London, in welchem Protokoll der Aufsatz enthalten gewesen sei: Es werde nichts schaden, wenn auch daraus ein Krieg mit Rußland entspringe.

Diese sämtlichen Behauptungen seien nachweisbar falsch. Ebenso die Behauptung, daß der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Juli 1914 in Wien gewesen sei, wie die Behauptung, Graf Pourtales habe berichtet, Rußland werde sich unter keinen Umständen rühren. Ebenso sei es mit der Behauptung, die deutsche Regierung habe alle Vermittelungsvorschläge Englands abgelehnt. Unglücklicherweise für den Fürsten habe er seine Denkschrift drei Monate zu früh verfaßt. Wie wenig die Vorwürfe des Fürsten gegen die Friedensliebe der deutschen Politik begründet seien, beweise er selbst in der Denkschrift durch Erzählung eines Vorgangs am 1. August 1914. Damals habe der Fürst infolge eines telephonischen Mißverständnisses von London aus berichtet, Sir Edward Grey habe an ihn die Frage gerichtet, ob Deutschland Frankreich nicht angreifen würde, falls es in einem deutsch-russischen Kriege neutral bleibe. Sofort nach Eintreffen dieses Telegramms sei von Berlin aus das bekannte Telegramm des Kaisers an den König von England abgegangen, in welchem Deutschland sich erboten habe, auf den englischen Vorschlag einzugehen, falls England mit allen seinen Kräften die bedingungslose Neutralität Frankreichs garantieren wolle. Daß die Meldung des Fürsten irrtümlich gewesen war, ändere an der Bewertung des deutschen Schrittes nichts. Wenn die Denkschrift von einer Verständigung mit England rede, so müsse zur Vermeidung von Irrtümern betont werden, daß diese sich nur auf die Bagdadbahn und auf die portugiesischen Kolonien bezogen hätte; eine Gesamtverständigung mit England sei angesichts der damaligen europäischen Verhältnisse, namentlich angesichts des unbedingten Festhaltens Englands an der Ententepolitik, wie es in den Verhandlungen über das englisch-russische Marineabkommen zum Ausdruck gekommen sei, entgegen der Behauptung des Fürsten begreiflicherweise nicht zustande gekommen.

Der Zweck der Denkschrift im ganzen sei offenkundig. Sie sollte dem Leser zeigen, eine wieviel bessere und einsichtigeren Politik der Verfasser gemacht und wie er dem Reiche den Frieden gesichert hätte, wenn man seinen Ratsschlüssen gefolgt wäre. Aus diesem Glauben an sich werde dem Fürsten niemand einen Vorwurf machen. Es sei ihm auch freigestanden, sich Aufzeichnungen über die Vorgänge und über seine Stellung zu denselben zu machen. Aber dann hätte er die unbedingte Verpflichtung gehabt, dafür zu sorgen, daß sie nicht an die Öffentlichkeit kommen können. So wie die Dinge jetzt stünden, werde die Denkschrift, die doch nur beweisen sollte, daß die Weltgeschichte nur deshalb in falsche Bahnen gelenkt worden sei, weil man andernfalls ihn, den Fürsten, um seinen Erfolg beneidet hätte, bei den Uebelsprechenden wie bei den Oberflächlichen Schaden genug stiften. Irgendwelchen historischen Wert habe die Denkschrift nicht, sie sei auch nicht bestimmt dazu, der objektiven Wahrheit zu dienen, sondern lediglich den subjektiven Zwecken eines einzelnen.

Des weiteren handle es sich um ein in Briefform gekleidetes, an eine größere Anzahl von Personen verändertes und seither stark vervielfachtes Rundschreiben eines zurzeit sich in der Schweiz aufhaltenden Dr. Mühlön, der zurzeit des Kriegsausbruchs Mitglied des Kruppischen Direktoriums gewesen sei. Die Echtheit sei bis jetzt nicht bestritten worden. Die Zeit der Abfassung sei nicht bekannt. Dr. Mühlön sei nach dem Brief in der zweiten Hälfte Juli 1914 hinterher bei zwei bekannten Herren in hervorragender Stellung gewesen und erzähle nun angebliche Aeußerungen derselben, aus denen er den Schluß zieht, daß es der deutschen Regierung im Juli 1914 an dem Friedenswillen gefehlt habe. Die beiden Herren hätten sich schriftlich dahin geäußert, daß es sich bei Dr. Mühlön um einen nervenkranke Mann handele. Sie könnten seine Niederschrift nur als pathologisch bezeichnen. Eine Nachprüfung der angeblichen Behauptungen der Herren, soweit sie objektiv kontrollierbar gewesen seien, habe auch ergeben, daß die behaupteten Aeußerungen nicht gefallen sein konnten, da sie mit den Tatsachen in unzählbaren Widerpruch stünden. Fast unvereinbar mit den Behauptungen des Briefes sei auch die Tatsache, daß Dr. Mühlön, ein ausgesprochener Vertreter pazifistischer Ideen, von Kriegsausbruch ab noch längere Zeit dem Auswärtigen Amte im Ausland Dienste geleistet habe, obwohl er, wie er jetzt behauptet, schon im Jahre 1914 gewußt haben wolle, daß das Deutsche Reich damals mit zum Kriege geziehen habe. Nach dieser ganzen Sachlage könnte den Erzählungen des Dr. Mühlön kein weiteres Gewicht beigemessen werden, als die beiden Herren, die die angeblichen Aeußerungen getan haben sollen, ihnen beimesen, sie seien Aeußerungen eines kranken Gemüts.

In der anschließenden Besprechung erklärte der Abg. Gröber: Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky sei ein merkwürdiges Merkmal, daß bei jedem der Eindruck entstehe, hier schreibe ein Herr, der von geradezu krankhafter Eitelkeit erfüllt sei und aus diesem Gesichtswinkel alles betrachte und beurteile.

Abg. Scheidemann betonte, daß die sozialdemokratische Partei die Grundursache des Krieges in der ganzen modernen Weltmachtpolitik sehe, die von allen Staaten betrieben werde. Die Sozialdemokratie habe dafür den Ausdruck „Imperialismus“ geprägt. Die Broschüre, in der Fürst Lichnowsky Deutschland die Schuld am Kriege zugeschoben versuche, könne keines Erachtens nur Eindruck auf sogenannte „Nurpazifisten“ machen. Für einen Diplomaten sei diese Broschüre geradezu eine Blamage. Der Redner gab einige Stichproben aus der Broschüre, welche die Unzu-

verlässigkeit und lächerliche Eitelkeit des Fürsten darläuten. Nach Fürst Lichnowsky seien alle feindlichen Diplomaten Brachler. Unsere Diplomaten dagegen seien, mit Ausnahme natürlich von Fürst Lichnowsky Trottel und schlechte Menschen, die Fürst Lichnowsky seine „großen Erfolge“ in London nicht abnütten. Wie Redner näher darlegte, befänden sich auch mehrfach falsche Daten in der Broschüre.

Abg. Dr. Müller-Meinungen führte aus: Es sei ein Segen, daß die Giftbombe jetzt durch uns zur Explosion gekommen sei, sonst hätte sie viel Unheil angerichtet. Im Auslande sei man im Besitze des Materials und warte den psychologischen Augenblick zur Ueberraschung mit beiden Schriftstücken ab. Er sei trotz Mühlön und Lichnowsky felsenfest davon überzeugt, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes, der Reichstages, die Vertreter des Auswärtigen Amtes wie vor allen der deutsche Kaiser immer den Frieden haben wollten und stets gegen einen Krieg mit England waren.

Abg. Dr. Stresemann geht auf die Fragen der Entlohnung des Krieges und der diplomatischen Veränderungen nicht ein. Redner schließt sich dem Wunsche an, daß das Weichbuch ergänzt werde. Aus der Lichnowskischen Broschüre sei das Gravierendste schon von den Abg. Gröber und Scheidemann vorgebracht worden. Man könne den Verfasser überhaupt nicht verantwortlich und ernst nehmen.

Abg. von Graefe bemerkte, es sei erfreulich, daß die Vertreter sämtlicher Parteien in der Beurteilung der bedauerlichen Vorgänge einmütig gewesen seien. Mit dem Abg. Müller-Meinungen stimme der Redner darin überein, daß das Auswärtige Amt in seiner Aufeinanderstellung und seiner Methode einer gründlichen Revision unterzogen werden müsse.

Freiherr v. Camp bemerkt: Im Reichstage und im ganzen deutschen Volke würden seit vielen Jahren die erheblichen Beschwerden über unsere Diplomatie ausgesprochen. Es müsse in Zukunft mit dem jetzigen System gebrochen werden.

Unterstaatssekretär v. Stumm erwidert auf die Anfragen, wer für die Ernennung des Fürsten Lichnowsky verantwortlich sei, was sie veranlaßt habe und weshalb er von seinem Posten nicht abberufen worden sei. Es sei nicht gerechtfertigt, aus der Denkschrift Rückschlüsse auf die Tätigkeit des Votschafters in London zu ziehen, sie der Regierung zur Last zu legen und daraus Vorwürfe gegen die Regierung zur Last zu legen und daraus Vorwürfe gegen die Regierung herzuleiten. Auf Anfragen bezüglich des Weichbuches müsse er zugeben, daß es nicht sehr umfangreich sei. Es sei rasch zusammengestellt worden, um dem Reichstage bei seinem Zusammentritt ein klares Bild von der Schuldfrage zu geben. Die Binnblätter der anderen Staaten seien zwar viel umfassender, das deutsche Weichbuch habe sich aber von denselben insofern vorteilhaft ab, als es keine Fälschungen enthalte. Im übrigen sei die Ausgabe eines neuen Weichbuches in Vorbereitung.

Unsere Fliegererfolge.

tu. Berlin, 19. März.

Bei andauernd günstigem Wetter war die Tätigkeit der eigenen und feindlichen Fliegerkräfte am 17. März noch reger als an den Vortagen. Der Gegner bemühte sich an großen Teilen der Front, durch Einsatz starker Schwärme unseren Fliegern die Aufklärung zu verwehren. Die Erkundung wurde dennoch überall durchgeführt. Bei Verdun wurde ein 26 Flugzeuge starkes feindliches Schwarm, das in unser Hinterland vorzusuchen suchte, in halbstündigen, erbitterten Kämpfen über die Linien zurückgebrängt. Die feindlichen Verluste betragen 22 Flugzeuge und 2 Fesselballone, unsere Verluste 7 Flugzeuge. Auch die ganze vorige Woche war für unsere Luftwaffe reich an Kämpfen und Erfolgen. Das Wetter gestattete an fast allen Tagen eine rege Tätigkeit der Flieger und der Ballonbeobachter. Das Schreiben unserer Gegner, der sie beimühenden Ungewißheit über unsere Absichten, selbst um den Preis hoher Opfer ein Erbe zu machen, zeigte sich wie auf der Erde, so in der Luft. Fast täglich versuchten Engländer und Franzosen durch Aufklärungsflüge in starken, von Jagdfliegern gesicherten Schwärmen Einblick in unser Hinterland zu gewinnen. Umgekehrt konnten unsere Aufklärungsflugzeuge an manchen Stellen der Front nur mit Ueberwindung von Kampfflugzeugen die feindliche Luftverweh durchbrechen. Ueberaus zahlreiche Luftkämpfe waren die Folge. Unsere Flieger bewährten in ihnen die alte Ueberlegenheit. Während unsere Gegner in der abgelaufenen Woche 71 Flugzeuge und 9 Fesselballone einbüßten, verloren wir 26 Flugzeuge und 1 Ballon. Am 13. März wurden aus einem feindlichen Schwarm von 8 Flugzeugen, die die offene Stadt Freiburg mit Bomben beworfen hatten, 3 Flugzeuge abgeschossen. Hauptmann Ritter von Tschel und Leutnant Winkhoff errang jeder den 27. Pfiffen. Derwagt Freiherr von Nischoten erhöhte die Zahl seiner Siege durch 3 Abschüsse auf 29. Mitmeister Freiherr von Nischoten durch 2 Abschüsse auf 65. Unter den Leistungen unserer Bombenschwärme verdient der dritte Strafanmarsch gegen die Stadt Paris am Abend des 11. März besondere Erwähnung. Seine Wirkung war nach den übereinstimmenden Beobachtungen der Beobachter überaus stark. Außer einer heftigen Explosion und mehreren kleineren Bränden wurde in der Stadt eine so ausgedehnte Feuersbrunst hervorgerufen, daß ihr Schein bis St. Quentin, d. h. über 130 Kilometer weit, zu sehen war.

Der neue Kriegskredit im Reichstage.

Nach Erledigung der Friedensverträge mit Rußland und Finnland kam am Dienstag im Reichstag noch die Vorlage auf Bewilligung eines neuen Kriegskredits von 15 Milliarden Mark zur Beratung.

In der Begründung der Vorlage führte Schatzsekretär Graf Noebern aus: Der am 1. Dezember bewilligte Kredit von 15 Milliarden ist seiner Erschöpfung nahe. Auch in den letzten Monaten haben die Kriegskosten weiter angezogen. Vom September 1915 bis August 1916 bewegten sich die monatlichen Kriegskosten ziemlich beständig um zwei Milliarden. Im September 1916 setzten mit den Anfängen des sog. Hindenburg-Programms ein ziemlich scharfes Anziehen der Kosten ein, das für den Rest des Jahres 1916 den Monatsdurchschnitt auf etwa über 2 Milliarden, für die erste Hälfte 1917 auf rund 3 Milliarden und in den letzten 5 Monaten auf 3,750 Milliarden answellen ließ. Wenn hierin auch eine Reihe erhöhter Seimatsausgaben enthalten sind, so ist die Steigerung doch in erster Linie auf die erhöhten unmittelbaren Anforderungen des Heeres zurückzuführen. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, betragen die Kriegskosten in Deutschland rund 16,00, in England über 24,00, in Frankreich 25,00, in Italien und Oesterreich sind sie etwa gleich. Der Krieg im Osten ging zu Ende, aber vom Westen hören wir die alte Feindschaft. Mit dem sog. Militarismus will man nur die Wehrfähigkeit unseres Volkes bekämpfen. Nur unsere Seeresorganisation, verbunden mit genialer Führung, hat uns vor der Vernichtung bewahrt. Ist das Wort Clemenceaus wahr, daß derjenige siegt, der eine Viertelstunde länger an den Sieg glaubt, dann sehen wir getrost den kommenden Kämpfen entgegen, auf die die ganze Welt jetzt in atemloser Spannung blickt. Die gemeinsame Not hat alle Parteien, alle Berufsstände mit eiserner Klammer zusammengefaßt, ihnen gezeigt, wie sehr sie aufeinander angewiesen sind. Drohen jetzt die Feinde mit der Rohstoffperre nach dem Kriege, so kann uns auch das nicht schrecken. Abg. Haase (U. So.): Wir lehnen die Kriegskredite grundsätzlich ab.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Beratung angenommen.

Deutscher Reichstag.

3 Berlin, 19. März.

In der Sitzung am Dienstag kamen außer den Friedensverträgen und der neuen Kriegskreditvorlage auch verschiedene kleine Anfragen zur Beratung.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Vv.) erklärte Oberst v. Braun: Während der Demobilisierung müssen eingearbeitete Kräfte zur Verfügung sein. In Soltan sind daher Landsturmleute gefragt worden, ob sie noch vier Monate nach der Demobilisierung weiter im Dienst bleiben wollen. Die Landsturmleute können nur mit ihrer Einwilligung über Beendigung des Krieges hinaus zurückgehalten werden. Ein Druck soll nicht ausgeübt werden. Nach unseren Bestimmungen sind in den Büros keine W. Leute mehr.

Abg. Dr. Dedischer (F. Vv.) fragt an, was getan wird, um den im Lager zu Adnednagar in Indien bestehenden unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen, wo seit 3½ Jahren eine große Anzahl deutscher Kriegsgefangener hinter doppeltem Drahtgitter in Verblechbaracken gefangen gehalten werden. Wirtlicher Geheimrat Legationsrat v. Eckhardt: Die deutsche Regierung hat wiederholt darauf gedrungen, daß die Lagerinsassen nach gemäßigteren Orten übergeführt werden. Die Briten haben nur ausgegeben, daß in Krankheitsfällen die Ueberführung nach den Verschaffungen erfolgte. Die deutsche Regierung bringt wieder auf Räumung des Lagers.

Abg. Frhr. v. Ritzhosen (natl.) weist auf die Schwierigkeiten im deutsch-österreichischen Reiseverkehr hin. Geheimrat v. Eckhardt: Die neue österreichische Vorschrift, daß die Anträge auf Erteilung des Sicherungsvermerks in Wien entschieden werden müssen, geht erheblich über das hinaus, was Deutschland bisher auf dem Gebiete des Passwesens bestimmt hat. Wir haben auf eine Milderung hingewirkt, und es werden Ausnahmen zugelassen.

Abg. Dr. Dedischer (F. Vv.) hebt hervor, daß der Schweizer Bundesrat Abt dem italienischen Gesandten Mitteilungen über eine deutsche Offensive gemacht habe, wodurch er die Neutralität verletzten. Unterstaatssekretär von dem Busche: Herr Abt, dessen geringe Sympathien für Deutschland allgemein bekannt sind, scheint in einer Unterredung mit dem italienischen Gesandten über die im vergangenen Jahre bevorstehende deutsche Offensive in Italien allerdings gesprochen zu haben. Der Bundesrat hat jedoch nach Prüfung der Sachlage erklärt, daß Herr Abt sich keine Inkorrektheit anmaßen könne. (Hört, hört!)

Abg. Dr. Jaeger (F. Vv.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Mietsteigerungen.

Unterstaatssekretär Deßbrück verweist auf die Mietseinkunftsämter, die von allen Gemeinden errichtet werden können und die in Streitfällen entscheiden.

Auf eine weitere Anfrage erklärt Unterstaatssekretär Caspar, daß der Entwurf eines Bühnengesetzes ausgearbeitet sei. Es ist versucht worden, mit Oesterreich-Ungarn gemeinsam in dieser Frage vorzugehen. Die Angelegenheit wird möglichst gefördert.

Mittwoch: Postengesetz, kleine Vorlagen, Daimler-Angelegenheit.

Abgeordnetenhaus.

3 Berlin, 19. März.

In der Dienstag-Sitzung stand zunächst die Vorlage über die Verlängerung der Legislaturperiode um ein Jahr auf der Tagesordnung. Minister des Innern Dr. Drews führte aus: Die Neuwahlen wären in der zweiten Hälfte dieses Jahres vorzunehmen. Da aber ungefähr die Hälfte der Wähler im Heere stehen, sind normale Wahlen unmöglich. Trotz der eifrigen Arbeit des Ausschusses wird die Verabschiedung der Wahlrechtsvorlage vor dem 1. Juni hier nicht möglich sein; um die zu erhoffende Verständigung über die Wahlrechtsvorlage herbeizuführen, soll die Legislaturperiode verlängert werden. — Abg. Dr. Bachmide (Fortschr. Vp.): Der Minister hat dem Ausschuss das Zeugnis ausgestellt, daß er mit tünchster Beschleunigung gearbeitet habe. Darüber sind wir anderer Meinung. (Aha! rechts. — Zustimmung links.) Auch wir meinen, daß es an sich nicht erwünscht wäre, während des Krieges normale Wahlen herbeizuführen. Aber es kann eine Zwangslage für die Staatsregierung eintreten, und es wäre mir wertvoll gewesen, zu hören, daß die Regierung nach dieser Richtung hin sich völlig freies Hand vorbehält und erklärt, daß die einer Zwangslage entgegenstehenden Schwierigkeiten eben überwunden werden müssen. (Zustimmung links.) Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Beratung angenommen.

Es folgt die Beratung des Baubetats. Zunächst werden die Wasserstraßenfragen behandelt.

Abg. Dr. Reuoldt (F. Vv.): Wir hatten niemals grundsätzliche Bedenken gegen den Mittellandkanal, sondern nur finanzielle und wirtschaftliche. Diese Einwendungen hat uns der Krieg zurückstellen gelehrt, und wir treten völlig vorurteilsfrei an die weiteren Erörterungen auf diesem Gebiete heran. (Beifall.)

Abg. Gerlach (F. Vv.) tritt für technische Verbesserungen in der Binnenschifffahrt ein.

Abg. Rathies-Berlin (natl.): Alle Parteien stimmen darin überein, daß eine durchgehende Ost-West-Wasserstraße uns bitter not tut.

Abg. Frhr. v. Malbahn (F. Vv.): Auch wir sind für den schnellen Ausbau der notwendigen Verkehrswege. Der Frage der West-Ostkanäle stehen wir sympathisch gegenüber. Da müssen auch Nord-Süd-Verbindungen hergestellt werden. Die Kanalbauern waren im Frieden nicht dringlich. Der Krieg hat die Verhältnisse geändert. Dazu ist die Frage der Elektrifizierung getreten. Die Konservativen sind weder Verkehrs- noch Kanalfeinde. (Beifall.)

Minister v. Breitenbach: Die Regierung hat die Hände nicht in den Schoß gelegt, aber nicht alle Projekte können auszuführen werden. Die Vorarbeiten für die Strecke Hannover-Elbe sind bereits im Gange. Auch für eine Mosellanalisisierung bestehen die ersten Grundlagen, desgleichen für den Donau-Oder-Kanal. Ebenso haben wir Interesse an dem Ausbau der Weichsel. Bei den Friedensverhandlungen mit Rumänien ist die Eisenbahnverwaltungen vertreten. (Beifall.)

Mittwoch: Dritte Beratung des Gesetzes über die Verlängerung der Legislaturperiode, Sprachreinigungsantrag für das Abgeordnetenhaus, Weiterberatung des Etats.

Besondere Kommissare für die Steuerveranlagung.

In Preußen soll jetzt endlich eine alte Forderung der Fortschrittlichen Volkspartei Erfüllung finden. Seit Jahren kämpft die Fortschrittliche Volkspartei im preussischen Abgeordnetenhaus für die Uebertragung der Steuerveranlagung an besondere Kommissare anstelle der Landräte, denen zumeist die Steuerveranlagung obliegt. So hat der Abg. Bachmide Ende März 1914 im Abgeordnetenhaus ausgeführt: der Landrat sei überlastet, mindestens für die 27 Landräte im Abgeordnetenhaus müßte ein Staatskommissar für die Steuerveranlagung eingesetzt werden. Die Veranlagung sei heute eine Wissenschaft und könne nur durch entsprechende vorgebildete Beamte, nicht aber durch untergeordnete Organe richtig gehandhabt werden. Dazu kämen die gesellschaftlichen und beruflichen Schwierigkeiten, die dem Landrat erwachsen, wenn er Steuererklärungen seiner Standesgenossen beanstandet. Die Statistik zeige, wie viel mehr unter der Leitung eines Staatskommissars an Steuern herauskomme, als unter der eines Landrates.

Jetzt hat der neue preussische Finanzminister Bergt großes Entgegenkommen gegenüber der Forderung der Fortschrittlichen Volkspartei gezeigt. Er hat am 14. März im Abgeordnetenhaus darauf hingewiesen, daß von einem Landrat Uebermenschliches verlangt werde, und daß die Arbeitsbelastung in der Uebergangszeit noch schärfer werden dürfte. Aus diesem Grunde erklärte der Finanzminister:

„Wir werden nicht darum herumkommen, das Land mit einem Neß von hauptamtlichen Kommissaren zu überziehen, selbstverständlich unter Wahrung der berechtigten Interessen, die beim Landrat, beim Bürgermeister der Stadt, der heute mit dem Veranlagungsgeschäft betraut ist, vorliegen. Selbstverständlich soll da die erforderliche Mithilfe, der erforderliche Einblick, das erforderliche Zusammenarbeiten mit dem Veranlagungskommissar gewahrt bleiben. Aber unbeschadet dessen wird man sich mit einer umfassenden Vermehrung der hauptamtlichen Kommissare befreunden müssen.“

Der Minister schloß hieran die Bemerkung, daß im großen und ganzen wohl heute jeder davon überzeugt sei, daß eine Vertiefung und Verbesserung der Veranlagung nicht mehr zu umgehen ist. Hoffentlich gelingt es dem Minister recht bald, die Entlastung der Landräte durch Uebertragung der Steuerveranlagung an hauptamtliche Kommissare herbeizuführen.

Die rumänische Grenzberichtigung und die Donaumündungsfrage.

Oesterreich-Ungarn fordert bekanntlich von Rumänien zur Sicherung seiner Grenze von Gernowits bis zum Eisernen Tor Grenzberichtigungen, welche zum Teil aus Fekarabien, ferner aus schmalen Grenzstreifen der Wolosau und der beiden Walacheien gebildet werden sollen. Wie verlautet, wird der Bezirk Chotin in Nordbessarabien mit der Bukowina vereinigt werden. Sodann sollen alle strategisch wichtigen Höhen, die die Bergübergänge nach Rumänien beherrschen, soweit sie bisher auf rumänischem Gebiete lagen, künftighin sich diesseits der Grenzbahle Oesterreichs und Ungarns befinden. Der an Oesterreich-Ungarn fallende Grenzstreifen wird nirgends eine größere Breite als 20 Kilometer haben und zugleich nur sehr dünn bevölkertes, mit Wald bedecktes Gebiete umfassen. Eine größere Grenzberichtigung wird nur auf der Strecke vom Roten Turm-Bah bis zur Donau gefordert. Wie verlautet, wird zur Sicherung der dort liegenden wichtigen Basis des Roten Turmes, des Vulkanpases, der Porta orientalis und des Eisernen Tores der westliche Teil der kleinen Walachei mit der Stadt Turn-Severin beansprucht werden. Dies geschieht hauptsächlich zur Sicherung der freien Schifffahrt auf der Donau, welche von Rumänien noch während der Zeit seiner „Neutralität“ in größtmäßiger und herausfordernder Weise verlegt worden ist. Oesterreich-Ungarn wird dadurch künftighin überflutet von der unteren Donau werden, wodurch die Machtstellung der Monarchie an der unteren Donau eine völkerrrechtliche unanfechtbare Grundlage erhält. Hand in Hand damit wird eine Neuordnung der Donaumündungsfrage in der Weise erfolgen, daß die bisherige internationale Donaumündungskommission, die sogenannte europäische Donaumündungskommission, durch eine Kommission der Donauuferstaaten ersetzt wird. Diese Kommission wird künftighin nicht bloß über die Einflüsse und Abflüsse, sondern auch über jene Donaumündung die Kontrolle haben, über welche bisher die Russen nach freiem Belieben schalten konnten. Diese sogenannte Donaumündung wird aller Wahrscheinlichkeit nach aus dem russischen Besitze in der rumänischen übergehen. Bulgarien wird Donaumündungsstaat werden, nachdem die ganze Dobrudscha an Bulgarien fallen wird.

Als Ursache für alle diese Abtretungen und Grenzberichtigungen wird Rumänien nicht bloß die ihm im Jahre 1878 von Rußland entzogenen drei fekarabischen Bezirke am linken Donauufer mit den gleichnamigen Städten Reni, Bolgrad und Smail erhalten, sondern auch noch eine nicht unbeträchtliche Gebietsvergrößerung jenseits des Pruth. Als Kompensation für die Erwerbung der Dobrudscha hat Bulgarien die Eisenbahn Czernowitza im Betriebe einer zu bildenden gemischten bulgarisch-rumänischen Gesellschaft zu belassen.

Als Ursache für den Erwerb der Dobrudscha fordert aber auch die Türkei von Bulgarien eine Grenzberichtigung an dem Unterlauf der Maritsa und dadurch die Rückgabe der in den Verhandlungen vom Jahre 1915 an Bulgarien abgetretenen Eisenbahnlinie Adrianopol-Edenrodt. Diese nachberechtigte türkische Forderung, von deren Erfüllung die künftige Existenz Adrianopels geradezu abhängt, wird von den beiden Zentralmächten eifrig unterstützt.

Kleine Kriegsnachrichten.

Keine deutschen Offiziere an Bord engl. Dampfer. Im engl. Unterhaus fragte Surt, ob keine deutschen höheren Offiziere an Bord der Hospitaldampfer und bewaffneten Schiffe untergebracht werden würden. Bonar Law antwortete, die Frage wäre zwar von den englischen Marine- und Militärbehörden sorgfältig erwogen worden, man habe aber nicht die Absicht, den Plan auszuführen.

Die Explosionskatastrophe in St. Denis. Journal schätzt den durch die Explosionskatastrophe in St. Denis und Nachbarorten angerichteten Gebäudeschaden vorläufig auf zehn Millionen Franken, nicht gerechnet die Fabriken und Werkstätten, deren Einrichtungen, sowie den Wert der vernichteten Granaten. Da in Paris kaum noch Glas erhältlich ist, wird von der Postel zur Ausbesserung der eingedrücktten Fenster Scheiben gebläht und geliefert.

Die Kaiserin-Witwe ohne Lebensunterhalt. Berlingste Tidende meldet aus Petersburg: Die Kaiserin-Witwe Maria Feodorowna hat den Rat der Volkskommissare gebeten, ihr die Mittel zu ihrem Unterhalte anzuweisen, weil ihre sämtlichen Güter konfisziert seien.

Deutsches Reich.

— Kein weicher Frieden. Auf das Begrüßungstelegramm des Schleswig-holsteinischen Provinziallandtages hat der Kaiser geantwortet:

Dem Schleswig-holsteinischen Provinziallandtag sage ich von Herzen Dank für seinen Gruß. Aus dem ich mit Freude seine Zuversicht an dem Willen der Provinz zum festen Ausbarren entnehme. Unter deutscher Schwert hat sich als bester Schutz erwiesen und wird es bleiben in dem kommenden schweren Entscheidungsringen. Das Heimatheer in Stadt und Land Meiner treuen Provinz Schleswig-holstein wird, des bin ich gewiß, der unermüdblichen Armee und der unsern Feinden den Lebensatem raubenden Marine treu zur Seite stehen. Der Siegerpreis soll und wird uns nicht fehlen: Kein weicher Friede, sondern einer, welcher den Interessen Deutschlands entspricht. Das wolle Gott!

Wilhelm I. R.

— Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte. Bei dem plötzlichen Kriegsausbruch befand sich die deutsche Handelsflotte über den ganzen Erdball zerstreut. Von den fünf Millionen Bruttoregistertons, die die deutsche Handelsflotte vor dem Kriege hatte, sind über zwei Millionen in Feindeshand gefallen oder gefährdet. Das Gedelien der deutschen Volkswirtschaft ist aber nach Friedensschluß von dem Vorhandensein einer starken Handelsflotte abhängig. Bei den umfangreichen Verlusten, die die Schiffsleute erlitten hatten, sind diese kaum imstande, allein die Mittel zur Wiederherstellung der Flotte aufzubringen. Günstig kommt, daß die Ersatzbeschaffung des verlorenen Schiffsraumes durch die ganz wesentliche Steigerung der Preise für Neubauten, wie für den Ankauf von Handelschiffen erheblich erschwert ist. Betrugen doch die Neubauten und Ankaufspreise ein Vielfaches des Preises vor Beginn des Krieges, so daß bei der Bestellung von Schiffen zu solchen Preisen die deutschen Reedereien auf eine ausreichende Verzinsung des Anlagekapitals nicht rechnen oder gegenüber den Frachtagachoten von Reedereien fremder Staaten nicht wettbewerbsfähig sein können. Die Reederei fremder Staaten haben sich das Lohnlegen der deutschen Schifffahrt zunutze gemacht. Durch die großen Einnahmen, die sie im v. h. letzten Verlauf des Krieges erzielt haben, befinden sie sich im Besitze großer Mittel und haben daher, unterstützt von ihren Regierungen, die größten Anstrengungen gemacht, ihren Schiffsraum zu vergrößern. Um daher den Wiederaufbau der Handelsflotte zu ermöglichen, muß die Hilfe der V. h. Gemeinschaft, des Staates, eingreifen, wenn der unbedingt notwendige Größte erzielt werden soll. Diesem Gedanken trägt das Gesetz über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte vom 7. November 1917 Rechnung. Es gewährt den Schiffsbauern Beihilfen für die Ersatzbeschaffung von Schiffen, die durch den Krieg verloren gegangen oder erheblich beschädigt worden sind, und zur Deckung der Aufwendungen, die ihnen durch das Festlegen in ausländischen Häfen erwachsen sind. Zur Prüfung der von den Reedern eingehenden Vorträge auf Gewährung von Beihilfen sieht das Gesetz die Bildung eines Reichsausschusses vor. Dieser ist zunächst berufen worden und wird in Kürze eine Spruchkommission anstellen, in der über die Bewilligung von Beihilfen beschlossen werden wird.

— Für die Stichwahl in Niederbarnim hat die Fortschrittliche Volkspartei für ihre Anhänger die Wahlparole ausgegeben, für den Sozialdemokraten Wiffel und damit gegen den Kandidaten der „Unabhängigen Sozialdemokraten“ zu stimmen.

— Der elsass-lothringische Statthalter in Berlin. Der kaiserliche Statthalter Dr. v. Dallwitz hat sich in Begleitung des Staatssekretärs v. Tschammer für einige Tage nach Berlin begeben. Wie dem B. L. B. von ausländischer Seite mitgeteilt wird, ist die Reise durch finanzielle Fragen veranlaßt worden, nicht durch landespolitische, wie von anderer Seite gemeldet worden ist.

Aus Stadt und Provinz.

Sirchberg, 21. März 1918.

Wettervoraussage

der Wetterdienststelle Breslau für Donnerstag:
Veränderlich, aber mit streichweise Regen, warm.

Gewährung von Unterstützungen an Hinterbliebene im Seeresdienst Verstorbener.

Aus Berlin wird amtlich gemeldet:

Das Kriegsministerium — Versorgungs- und Justizdepartement — hat folgenden Erlaß an die stellvertretenden Generalkommandos und stellvertretenden Landkommanden gerichtet: Dem Kriegsministerium sind zahlreiche Fälle bekannt geworden, in denen Hinterbliebene von Personen der Unterflotten, die aus Anlaß des Krieges zum Seeresdienst herangezogen worden sind, dadurch in wirtschaftliche Notlage geraten sind, daß für das Leben des Verstorbenen Dienstbeschädigung nicht anerkannt, ihnen daher Witwen- und Waisengeld nicht gewährt werden konnte. Fortan ist in allen derartigen Fällen von Amtswegen — und zwar beschleunigt — zu prüfen, ob nicht nach Lage der Verhältnisse die Gewährung einer Unterstützung an die Hinterbliebenen angebracht ist. Stellt sich dies heraus, dann ist so schnell als möglich aus Spendenmitteln zu helfen. Derartige Fälle sind durch die stellvertretenden Landkommanden unter Befehl der Unterlagen dem örtlich zuständigen stellvertretenden Generalkommando schleunigst vorzulegen.

(Landsturm-Musterung.) Die Musterung aller in der Stadt Sirchberg wohnhaften landsturmspflichtigen Mannschaften des Jahrganges 1900 findet wie folgt im Dienstgebäude des Bezirkskommandos Zapfenstraße 10a statt: für die Mannschaften mit dem Anfangsbuchstaben A bis einschließlich M am Mittwoch, den 27. März, für die Mannschaften von N bis einschließlich Z am Dienstag, den 2. April. — Besondere Vorladungen erfolgen nicht. Die Mannschaften haben um 8 Uhr vormittags mit reinem Körper und reiner Wäsche zu erscheinen. — Mannschaften früherer Jahrgänge, soweit sie die Entscheidung: „zeitlich untauglich“ oder „zurück“ erhalten haben, erhalten direkte Vorladung vom Bezirkskommando. Etwas unterlassene Anmeldungen zur Landsturmrolle sind umgehend im Polizeiamt nachzuholen. Jedes unentschuldigete Fernbleiben von der Musterung wird bestraft.

* (Reisegepäckversicherung.) Die am 1. April d. J. einsetzende Verteuerung der Eisenbahnfahrten beim Personenverkehr hat auch eine solche des Reisegepäcks zur Folge, vor allem, soweit es das Gewicht von 30 Kilogramm pro Person übertrifft. Anstelle der bisherigen Gewichtsklassen von 25 Kilogramm treten solche von 10 Kilogramm. Der Einheitsfuß des neuen Gepäcktarifs beträgt 25 Pfg. (früher 20 Pfg.) für 10 Kilogramm und einem Kilometer, und die Vorkaufsätze werden von 20 auf 50 Pfg., von 50 Pfg. auf 1 Mk. und von 1 Mk. auf 2 Mk. erhöht.

* (Zusammenlegung von Bäckereibetrieben.) Der Kohlenmangel hat es bekanntlich erforderlich gemacht, daß in einer Reihe von Ortschaften eine Zusammenlegung der Bäckereibetriebe erfolgen mußte. Da der Kohlenmangel noch weiter anhält und der Kohlenverbrauch der Bäckereien in den Ortschaften eine erhebliche Rolle spielt, wird durch neue wirtschaftsorganisatorische Maßnahmen im Bäckereigewerbe eine weitere Kohlenersparnis herbeigeführt werden. Die vorzunehmenden Maßnahmen werden von den Kommunen unter Mitwirkung der Kriegsamtsstellen erlassen. Durch Aufstellung von Richtlinien ist aber den berechtigten Interessen des Bäckereigewerbes nach Möglichkeit Rechnung getragen. So soll die Zusammenlegung nicht zu einer allgemeinen Verdrängung der Kleingewerbetriebe durch die Großbetriebe führen, auch soll wieder überall eine freiwillige Zusammenlegung angestrebt werden. Ferner soll den Arbeitern der betroffenen Betriebe Gelegenheit zur Wahrnehmung ihrer Interessen gegeben werden. Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß die Befürchtungen, im Verlaufe der Zusammenlegungen würde an eine Wiederaufhebung des Nachtbrotverbots gedacht, durchaus unzutreffend sind. Von der Reichsleitung wird nach wie vor an dem Nachtbrotverbot festgehalten, und sie kann es auch nicht billigen, wenn Ausnahmen von dem Nachtbrotverbot zu dem Zweck bewilligt werden, um eine stärkere Konzentration des Bäckereigewerbes zu ermöglichen.

* (Abgabe von Seife.) Der Ueberwachungsanspruch der Seifenindustrie wird einmalig eine zufällige Menge von 50 Gr. R. A.-Seife für die Person zur Verteilung bringen. Die Verbraucher sollen durch diese Ausgabemenge für den Ausfall der auf 125 herabgesetzten Seifenpulvermenge entschädigt werden, da infolge des Sodamangels an eine Heraushebung der Seifenpulvermenge vorläufig nicht zu denken ist.

* (Ueber die Aufstellung von Bezugsscheinen für Kartoffeln.) Befindet sich eine Magie des Magistrats im heutigen Anzeigenteil.

(Waterländischer Hilfsdienst.) Nach § 12 der Bundesratsverordnung vom 13. November 1917 über den waterländischen Hilfsdienst ist jeder Arbeitgeber, der in seinem Betriebe hilfsdienstpflichtige männliche Personen beschäftigt, verpflichtet, die Vorschriften des § 9. Abs. 1. 2. § 15 § 16 Abs. 1 in seiner Betriebsstätte dauernd auszuhängen. Diese Aushänge sind immer eingetroffen und können von den Arbeitgebern aus der Stadt Sirchberg im Polizeiamt — Stadthaus, Zimmer 21 — gegen Zahlung von 10 Pfennig in Empfang genommen werden.

* (An die wehrpflichtigen zurückgestellten Arbeiter) veröffentlicht das hiesige Bezirkskommando im heutigen Anzeigenteil einen Befehl, wonach sie sich binnen 48 Stunden zu melden haben, wenn sie ihre Arbeit niederlegen oder ihre Arbeitsstelle wechseln.

* (Verteilung der Kaffee-Ersatzmarken im Kreise.) In den nächsten Tagen findet die Verteilung der Kaffee-Ersatzmarken Nr. 2 statt. Die Bestellabschnitte müssen vom Verbraucher bis spätestens zum 25. ds. Mts. bei den Kaufleuten abgegeben werden.

* (Lieferung von Vollmilch.) Wiederholt wird darüber geklagt, daß die für Kinder und Kranke erforderliche Vollmilch von den Bezugsberechtigten nicht beschafft werden kann. Wenn auch naturgemäß ist die Vollmilch knapp, so reicht sie doch zur Versorgung der Vollmilchberechtigten aus. Etwas Störungen in der Versorgung liegen lediglich an Organisationsfehlern. Wer seine ihm zustehende Vollmilch nicht erhält, wird aufgefordert, sich an den zuständigen Gemeindevorstand zu wenden, und, falls dies ohne Erfolg ist, an den Kreis-Ausschuß.

* (Sonderzuweisung von Zucker.) Bei der nächsten Markenverteilung wird im Kreise Sirchberg (mit Ausnahme der Stadt Sirchberg) eine Sonderzulage von ¼ Bld. Zucker erfolgen. Für die Osterwoche ist für den ganzen Kreis Sirchberg eine Verteilung von 50 Gramm Speck unter Anrechnung auf die Fleischmenge vorgesehen. Den Anträgen auf besondere Lebensmittelzulagen an Konfirmanden kann nicht stattgegeben werden. Soweit Lebensmittel vorhanden sind, werden sie gleichmäßig unter die Bevölkerung verteilt.

* (Zurichten Kriegsanleihe) zeichneten Gehlenrat Füllner in Warmbrunn für sich und seine Firma eine Million Mark, die Schles. Cellulose- und Papierfabriken A.-G. in Gummersdorf 850 000 Mark.

* (In den Kammern Lichtspielen) fanden am Dienstag die Vorstellungen der beiden Meisterfilme „Die Wellen schweigen“ mit Henny Porten und des Dramas „Die fremde Frau“ die ungeteilte Anerkennung der zahlreich erschienenen Besucher. Auch dieser Spielplan zeigt wieder, daß die Leitung mit Erfolg bemüht ist, den Besuchern nur Gutes zu bieten.

* (Gebrauchsmuster-Eintragung.) Für Ernst Scheffler in Sirchberg ist unter Nr. 7 lb 674 756 ein Gebrauchsmuster für Soblenichoner eingetragen worden.

* (Die Talssperre bei Mauer) hatte in der Zeit vom 1. bis 15. März einen durchschnittlichen Zufluß von 14,80 und einen Abfluß von 16,15 Kubikmeter in der Sekunde.

i. (Riesengebirgs-Verein.) Unter Vorsitz des Geheimen Justizrat Schödel fand am 16. März eine Sitzung des Hauptvorstandes statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende mit ehrenden Worten der in den letzten Monaten durch den Tod abgerufenen: Professor Jander-Viegnitz, Hermann Höhn-Grünwald, Postmeister a. D. Bed-Sirchberg, Rentner Laßmann-Hermesdorf, Geh. Sanitätsrat Dr. Adam-Friedberg. Der Hauptversammlung werden zur W. in den Hauptvorstand vorgeschlagen, von der Ortsgruppe Wagnitz anstelle des Professor Jander-Viegnitz Dr. Schaff, von der Ortsgruppe Berlin anstelle des Herrn Hugo Baumbach, der mit Rücksicht auf sein hohes Alter sein Amt als Stellvertreter niedergelegt hat. Ingenieur Oswald Schöne in Charlottenburg-Westend. Anstelle des Postmeister Bed hat Professor Dr. Rummel die Verwaltung des Wanderer-Verlags freundlich übernommen. Es wurde in Erledigung der Tagesordnung beschlossen: Der Hauptversammlung folgenden Antrag zur Annahme zu unterbreiten: Der § 26 der Satzungen erhält folgende Fassung: Der Vorsitzende des Hauptvorstandes, sowie sein Stellvertreter als zweiter Vorsitzender vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich als Vorstand im Sinne des bürgerlichen Gesetzbuchs. Die Zeichnungen geschehen dadurch, daß dem Namen des Vereins die Unterschrift eines der beiden Vorsitzenden beigesetzt wird. Um die Herstellungskosten des Wanderers, die durch die erhöhten Papier- und Druckkosten sich für dieses Jahr erheblich höher stellen, in etwas zu mindern, soll die Auflage des Wanderer von 11 250 auf die unbedingt notwendige Zahl von 10 300 herabgesetzt werden. Der Vertrag mit der Stadt Sirchberg bezüglich der Müllabfuhr des Museumsgrundstücks wird genehmigt. Der diesjährige Haushaltsplan wurde in Einnahme und Ausgabe durchgesehen und, soweit dies zurzeit möglich, in den einzelnen Posten festgestellt. In der Hauptsache werden die Einnahmen des vorjährigen Haushaltsplanes beibehalten. Etwas höher werden sich stellen die Ausgaben für das Vereinsblatt und das Museum. Für die im Verlag der Max Leinertischen Buchhandlung erscheinende amtliche Belegkarte war der Preis für eine Karte verhandelt.

mäßig auf 30 Bg. festgesetzt worden. Dem Wunsche des Verlegers, diesen Preis um 10 Bg. zu erhöhen, wird mit Rücksicht auf die Preissteigerung aller Geschäftskosten entsprochen. Von den für den Museumsbau ausgestellten Antellscheine sind alljährlich bis 1. Mai 50 auszulösen. Von den im Jahre 1917 ausgelosten Antellscheinen wurden bisher 10 nicht eingelöst: Nummer 256, 290, 293, 298, 404, 421, 591, 687, 805, 812. Durch das Los wurden folgende 50 Nummern gezogen: 14, 74, 84, 101, 105, 116, 142, 158, 191, 196, 224, 231, 239, 242, 244, 280, 322, 327, 328, 337, 379, 386, 396, 398, 424, 430, 581, 595, 598, 622, 628, 637, 684, 687, 688, 701, 706, 707, 710, 726, 741, 744, 747, 768, 772, 811, 827, 851, 860, 870. Die Zahlung des auf jeden Antellschein entfallenden Betrages von 10 Mark erfolgt gegen Vorlegung der Schuldverschreibung in dem Juwelieregeschäft des Goldschmiedemeisters Adolf Vogel hier, Schildauerstraße 4, sowie durch Rechnungsrat Widura, Ziegelstraße 11. Der Vorsitzende machte Mitteilung über die Arbeit, die Professor Wislizenus in hiesigem Auftrage für das R.-G.-Museum macht; ferner über die erfolgreichen Bemühungen zur Erhaltung eines Naturdenkmals, und zwar einer in Querbach stehenden herrlichen Buche. Die weiteren Beschlüsse entziehen sich der Veröffentlichung.

* (Stadttheater.) Donnerstag geht „Der Rabensteg“ in Szene. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr. Am Freitag zum zweiten Male: „Alte Heideberg“ (Gesamteness für die Damen: M. Schmid, Madlen, Janede und Herren: Lutz und Janede.)

d. Fischbach, 20. März. (Von einem schweren Unfall) wurde Donnerstag im Domstiftsforst bei Reudorf der Zimmermann Robert Hoffmann aus Grünau bei der Holzabfuhr für das Reichsische Bauwesen in Strampitz betroffen. Ein rollender Stamm verletzte ihn schwer am Unterleibe.

d. Alfemnitz, 20. März. (Der 50. Kriegsfamilienabend) wurde Sonntag im Gerichtsfreischau bei sehr starker Beteiligung abgehalten. Im Auftrage des Vereins für Volksaufklärung schilderte Professor Buchholz-Keanitz seine Erlebnisse in russischer Gefangenenschaft, die unvorstellbaren Verhältnisse in Lazaretten und Gefangenenlagern bei Kasan. Landrat v. Bitter ermahnte ernst und eindringlich zum Aushalten in letzter Stunde. Volksehrer Friedel gab weiterhin einen Ueberblick von der Stärke unserer äußeren und inneren Front. Vorträge und Gesänge umrahmten die Vorträge, so daß der Abend seinen schönsten Verlauf nahm.

d. Tschischdorf, 18. März. (Der Bienenzüchterverein Robertas) hielt seine erste diesjährige außerordentliche Versammlung am Sonntag in Wisenthal ab. Zunächst erhaltete der Schriftführer und Kassierer Stellenbesitzer Schröder den Jahresbericht. Der Verein begann Weihnachten 1916 mit 18 Mitglidern und zählte Ende 1917 65 Mitglieder. Die Einnahme betrug 166 Mk., die Ausgabe 82 Mk., sodas ein Kasienbestand von 84,80 Mark verbleibt. Der Vorsitzende, Vorkämmerer Müller-Tschischdorf, berichtete über die diesjährige Futterunter-Versorgung. Der Vorsitzende, Baumkämmerer Freyler-Bahn, hielt sodann einen sehr lehrreichen Vortrag über Bienenmacht und Pflege. Die nächste Versammlung findet Anfang Mai in Tschischdorf statt.

m. Greiffenberg, 19. März. (Krähenschwärme.) In letzter Zeit wurden hier unmeßbare Schwärme tausender von Krähen beobachtet, welche auf den Saatkeldern bedeutenden Schaden angerichtet haben. Täglich zu bestimmter Zeit fanden sie sich ein und verschwanden in den Nachmittagsstunden wieder, um ihre Nachtquartiere in den benachbarten Wäldern aufzusuchen.

—§— Lauban, 19. März. (Die Handelskammer) hielt heute hier eine Vollsitzung ab. Gewünscht wird eine bessere Eisenbahnverbindung von Berlin über Grlitz nach hier, ebenso von Lauban nach Marklissa und umgekehrt. Da jetzt an den Sonntagen in der Zeit von früh bis abends von Lauban nach Marklissa kein Zugpaar verkehrt, ist es der hiesigen Bevölkerung nicht einmal möglich, das schöne Queisetal zu besuchen. Dem Projekte betr. den Bau eines Ober-Elbe-Kanals steht die Kammer sympathisch gegenüber, es soll ein Betrag zu den Vorarbeiten bewilligt werden. Sollte bei der Neuordnung der Handelskammern die Grlitzer Kammer bestehen bleiben, dann wird der Anschluß an diese gewünscht.

w. Lüben, 19. März. (Festnahme eines Militärstrafgefangenen.) In Buchwald, Kreis Lüben, wo gegenwärtig seine Mutter wohnt, wurde der aus der Militärstrafanstalt Ostrowo in der Nacht zum 31. Januar entwichene und flehentlich verfolgte Landsturmmann Wilhelm Löbe festgenommen. Löbe versuchte, über die Felder zu entfliehen. Durch einen Schuss eines der zur Hilfe herbeigerufenen Leute, der den L. schwer im Rücken, an der Schulter und am Arm verletzte, mußte er seine Flucht aufgeben. Der Festgenommene führte eine große Summe Geldes bei sich. Auskunft, woher er dieses habe, hat er bisher nicht gegeben. Wie wir hören, steht L. auch im Verdacht, einige große Einbruchsdiebstähle ausgeführt zu haben.

* Sagan, 19. März. (Landtagsergänzungswahl.) Für den Landtagswahlkreis Sagan—Sprottau ist von den Konservativen anstelle des im Januar d. J. verstorbenen Abgeordneten Oekonomierats Ruhnke der Rittergutsbesitzer Gerhard von Kessel in Reisdorf aufgestellt worden.

Der Glücksbecher von Willerstein.

Kriminalroman v. v. Vanhuh. (25. Fortsetzung.)

„Du, wohnen tut er vorläufig noch nicht hier, aber er hilft mir von morgens bis abends. Eine Frau kann solch Geschäft, wie ich hab, nicht allein vorstehen, in eine Wirtschaft gehört eben ein Mann, und der meine ist nun schon seit zwei Jahren tot.“

Gisbert Hoff trant einen Schluck. „Ja, ja, in solch eine Wirtschaft gehört ein Mann.“

„Der Fabian will deshalb auch keine Dienersstelle mehr annehmen.“ äußerte sie sich trennberzig, „und wenn Sie vielleicht deshalb mit ihm reden wollen, hat es gar keinen Zweck! Wir haben gestern schon das Aufgebot bestellt.“ schloß sie und ihr volles Gesicht strahlte.

„Der Inhaber der Dienerschule meinte doch, Fabian Uffmeister suche eine neue Stelle.“ warf Gisbert Hoff fragend hin.

„Das war auch erst seine Absicht, bis wir erkannten, daß wir uns am besten zusammenfügen.“ Die Frau ward rebellischer. „Sehen Sie, Herr, der Fabian ist ein angeheirateter Beter von mir und wir haben uns aern.“

Ein breitschultriger großer Mann kam eben die Gasse herunter. „Fabian, hier ist ein Herr, der nach dir gefragt hat!“ rief ihm die Frau entgegen.

Der Mann stand nun bereits am Eingang zu dem kleinen Vorgarten.

Gisbert Hoff sah in ein volles, bartloses Gesicht, das ihn fragend musterte. Jetzt beugte sich auch der Angekommene, den Hut etwas zu lüften.

„Der Herr erfuhr deine Adresse von der Dienerschule.“ berichtete die Frau, „ich habe aber schon gesagt, daß du nicht mehr daran dachtest, eine Dienersstellung anzunehmen.“

„Galt mir nicht im Traum ein.“ lächelte Fabian Uffmeister breit, „die Zeit ist vorbei, jetzt sangt das Herrenleben an.“

„Schade, ich hätte Sie gern in meine Dienste genommen.“

Gisbert Hoff dachte, mag er nur weiter glauben, daß ich gekommen bin, ihn in meine Dienste zu nehmen. Auf diese Weise ließ sich am besten ein Gespräch anknüpfen, in dessen Verlauf er vielleicht herausbrachte, ob dieser Fabian Uffmeister nicht etwas wußte, was auf die Spur des Beterdiebes führte.

Er trant sein Glas leer.

„Frau Wirtin, noch einen Schoppen. Ihr Wein schmeckt prächtig.“

Die Frau erwiderte, das meinten die Stammgäste auch, sie habe Stammgäste, die weit drin in Frankfurt wohnten, aber den weiten Weg nicht scheuten, weil ihnen das „Stoische“ so vorzüglich schmecke.

„Ja, Sie hätte ich mir gerne als Diener verpflichtet, Herr Uffmeister.“ sagte Gisbert Hoff, „denn Sie gefallen mir, aber wenn es nicht sein kann, muß ich mich fügen. Kommen Sie, trinken Sie einen Schoppen mit.“

Fabian Uffmeister überflog die Gestalt des vornehm gekleideten Herrn mit einem abwägenden Blick.

„Oh, ich danke, mein Herr, aber es gehört sich wohl nicht.“

„Warum denn nicht?“ lachte Gisbert Hoff, „Sie sind doch nicht mein Untergeordneter und stehen doch auch in keinem abhängigen Verhältnis zu mir. Ich darf doch den Herrn Wirt zu einem Schoppen einladen.“

Der große Mann schmunzelte.

„Bin noch nicht der Wirt, aber bald, und wenn der Herr wünscht, nehme ich die Einladung natürlich gerne an.“ Er rief in den Schankraum hinein: „Bring gleich zwei Schoppen, Finken.“

Die rotwangige Frau stellte zwei Gläser auf den Tisch und ging dann mit einem wohlgefälligen Blick auf den zukünftigen Gastes wieder ins Haus.

Mit einer wohl in der Dienerschule erlernten Verneigung, setzte sich nun Fabian Uffmeister.

„Sie waren zuletzt beim Grafen Rettingen-Willerstein in Stellung, nicht wahr?“ fragte Gisbert Hoff.

„Ja.“ Fabian Uffmeister tat einen ordentlichen Schluck, „das war meine letzte und auch meine erste Stellung als Diener, aber seine Erlaubt war ein heftiger Herr und schwer zufrieden zu stellen.“

Gisbert Hoff nickte.

„Ich kenne den Grafen, war vor langer Zeit mal bei ihm ein paar Tage zu Gast.“

„Ach — dann habe ich natürlich nichts gesagt, verzeihen Sie gütigst, mein Herr.“ flötete der breitschultrige große Mensch erschrocken und wollte aufstehen.

„Machen Sie doch keine Geschichten.“ wehrte Gisbert von Hoff, „ich weiß, daß der Graf ziemlich dorb und grob ist, und ich kann es Ihnen gar nicht verdenken, daß Sie die Stellung bald wieder aufgaben.“

„Der Herr Graf hat mich entlassen.“ gestand Fabian Uffmeister ehrlich. Seine Augenbrauen zogen sich jörnig zusammen. „Er schimpfte mich Dummkopf und Einfaltswiesel und dann meinte er eines Tages, er habe keine Lust, sich weiter mit mir herumzu-“

gern, und ließ mich am nächsten Tage schon gehen. Da ich keine Stellung mehr anzunehmen brauche, kann ich Ihnen das ja ruhig sagen, mein Herr."

Wibbert Hoff wollte das Vertraulichwerden eben bemühen, um sich für seine Zwecke etwas zu unterrichten, da sie sein Bild auf die Uhrfette Fabian Wismelers. Er stützte flüchtig und ein kleines zufriedenes Lächeln glitt wie ein flüchtiger Schatten über sein Gesicht. Sein Gedankengang war plötzlich in eine völlig andere Richtung gedrängt.

(Fortsetzung folgt.)

Gerichtssaal.

Strafkammer in Girschberg.

d. Girschberg, 19. März.

Begen Verleumdung des Amtsvorstehers Butte in Deutmannsdorf, begangen in einem Urteile, war die Frau Marie D. aus Girschberg vom hiesigen Schöffengericht zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt worden, wogegen sie Berufung einlegte, die aber verworfen wurde. — Der gewerks- und gewohnheitsmäßigen Hehlerei, worauf Zuchtstrafe steht, soll sich die Handelsfrau Maria B. aus Langenau bei Girschberg gemacht haben. Sie hatte 1915/16 mehrfach Eier und Hühner, die ihr Knechte von dortigen Gutsbesitzern brachten, angeblich billig gekauft. Eier und Hühner waren geschloßen, was aber Frau B. nicht gewußt haben will. Sie wurde auch freigesprochen. — Des Betruges durch Lebensmittelschwindel sind die Buchhalterin Helene Bielecki und die frühere Krankenschwester Gertha Berger aus Leipzig angeklagt. Die aus hochangesehener Familie stammende B. hatte sich mit der B. befreundet, zumal sie mittel- und erwerbslos war, und beide betrieben den Lebensmittelschwindel. Am 2. August kamen beide nach Arumbühl und suchten die Logierhausbesitzerinnen Schwestern P. auf, wo die B. früher mit ihren Eltern auf Sommerfrische gewohnt hatte. Beide überredeten die Schwestern, für über 1000 Mark Lebensmittel zu bestellen, die die B. über Oberberg aus Rumänien beziehen könne. Schließlich erfuhr die P. um 700 Mark Vorschuß und erhielt 400 Mark. Die Lebensmittel wollte die B. in acht Tagen persönlich überbringen. Am folgenden Morgen reisten die Betrügerinnen ab und ließen nichts mehr von sich hören, bis sie in Wien polizeilich ermittelt wurden. Wegen Krankheit war die B. heute nicht erschienen, die B. wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Breslau, 19. März. Am 11. Oktober machte die 26 Jahre alte landwirtschaftliche Arbeiterin Gertrud Kalowski zwischen Ober- und Nieder-Mosch, Kreis Neumarkt, den Versuch, sich und ihre zwei kleinen Kinder im Alter von zwei Jahren und fünf Wochen zu töten, indem sie mit ihnen in den Schanzenbach sprang. Infolge ihrer am 5. September erfolgten Entbindung noch arbeitsunfähig und gänzlich mittellos, hatte sie selbst bei ihren im Gemeindefürsorgeamt zu Weichseln untergebrachten Eltern keine Aufnahme gefunden, sondern war von dem Gemeindevorsteher als nicht ortsanhörig ausgewiesen worden. Das kleine Kind ertrank in dem Bache, während die Mutter und das größere Kind sich retten konnten. Jetzt hatte sie sich wegen vollendeten und versuchten Totschlags vor dem Schwurgericht zu verantworten. Sie wurde freigesprochen, da sie nach dem Spruch der Geschworenen die Tat in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande geistiger Störung begangen hatte.

Graubenz, 18. März. Ein Wiederaufnahme-verfahren gegen ein Todesurteil beschloß das Schwurgericht in mehrblättriger Verhandlung. Die Wölkervitwe Karoline Kieper aus Groß-Sibsan war 1912 des Gismordes in drei Fällen angeklagt gewesen. Sie sollte 1901 ihre Mutter und ihren Stiefvater und 1911 ihren dritten Ehemann mit Arsenik vergiftet haben. Von der Erhebung der Anklage in einem vierten Fall, wegen Vergiftung ihres Mannes, wurde Abstand genommen, weil diese Tat damals schon mehr als zwanzig Jahre zurücklag und Verjährung eingetreten war. Die Geschworenen hatten Frau Kieper nur der Ermordung ihres dritten Mannes für schuldig befunden und das Schwurgericht hatte daraufhin am 24. Februar 1912 das Todesurteil ausgesprochen. Im September 1913 wurde Frau Kieper zu lebenslänglichem Zuchthaus beantragt und hat die Strafe seitdem in den Strafanstalten in Jordan und Sagan verbüßt. Die Verurteilung stützte sich in der Hauptsache auf das Gutachten des Berliner Gerichtschemikers Dr. Feserich, der die ausgegrabenen Leichenreste untersucht und in allen Teilen große Mengen von Arsen gefunden hatte. Er vertrat in der damaligen Verhandlung mit großer Bestimmtheit den Standpunkt, daß sowohl der chemische Befund wie die bei dem Ehemann Kieper beobachteten Krankheitserscheinungen unmöglich durch Selbstvergiftung verursacht sein könnten. Dazu kam noch, daß Frau Kieper sich in ihrem Dorfe eines guten Rufes erfreute, daß sie mit ihren Eltern und mit ihrem dritten Manne auf gespanntem Fuße lebte und daß sie allerlei verdächtige Verhaltensweisen hatte fallen lassen. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Cohnberg-Graubenz, stellte bereits im Sommer 1913 beim Landgericht Graubenz den Antrag, eine Wiederaufnahme des Verfahrens einzuleiten. Der Antrag wurde aber abgelehnt, ebenso mehrere später gestellte Anträge, bis schließlich am 2. Januar 1918 das Graubenzger Landgericht be-

schloß, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens, die Erneuerung der Hauptverhandlung und die Unterbrechung der Strafverfolgung anzuordnen sei, da die Beweisannahme, insbesondere die Untersuchung der Leichenreste Wilhelm Kiepers durch den Chemiker Dr. Knoch-Danzig und den Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Feserich-Berlin in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen geeignet sei, die Freisprechung der Angeklagten zu begründen. Die in diesem Beschlusse angeordnete neue Untersuchung der Leichenreste erfolgte im Sommer 1916 und ergab erhebliche Arsen Spuren in den Haaren und in der Haut der Leiche, woraus die Sachverständigen zu der Überzeugung kamen, daß Kieper an einer chronischen Arsenvergiftung, die er sich als Aushilfsarbeiter zur Stellung innerer Leiden selbst beibrachte haben konnte, gestorben ist, da bei einer plötzlichen Vergiftung die Verteilung des Arsens im Körper eine andere hätte sein müssen. Die Angeklagte, Frau Kieper, hat unter der fast sechsblättrigen Zuchtstrafe sehr gelitten. Sie beklagte nach wie vor ihre Unschuld. Diesmal verneinten die Geschworenen die Schuldfrage, worauf die Angeklagte freigesprochen wurde. Der Verleumdung soll auf Entschädigung für die unschuldig erlittene Zuchtstrafe einzuliegen. — Die Angelegenheit der Frau Kieper hat schon seit Jahren die Öffentlichkeit stark beschäftigt.

Kunst und Wissenschaft.

a. „Alt-Heidelberg“ von Wilhelm Meyer-Förster errang Dienstag, trotzdem das Stück schon früher des öfteren hier gegeben worden ist, wieder ein übervolles Haus. Die Aufführung ging im großen Ganzen ziemlich flott von statten. Fast alle Schauspieler boten mehr oder weniger gute Leistungen dar, nur zwei waren geradezu eine Peinlichkeit für das Publikum. Da war zuerst der Darsteller der Hauptrolle: Herr Kurt Janide als Karl Heinrich. Freilich hatte die strenge Soletiquette Besen um Herz und Sinn des bedauernswerten Kurfürstchen gelegt, aber trotzdem schlug dies Herz jung und feurig, die Sinne waren lebendig geblieben. Leider merkte man davon bei dem Karl Heinrich des Herrn Kurt Janide gar nichts. Trotzdem er in Fräulein Krieger als „Käthe“ eine ausgezeichnete Partnerin hatte, die munter und frisch ihre Rolle verlor, konnte er seine Steifheit nicht ablegen und weder die muntere Käthe, noch „Alt-Heidelberg die Feine“ mit ihrem lustigen Studentenleben vermochten Herrn Kurt Janide zu so etwas wie Temperament hinzureißen. Bei allem was der Darsteller sagte, konnte man das Gefühl des Auswendiglernen nicht loswerden; kein Versinken in die Rolle, kein Feuer, keine Wärme und die offensichtliche Verlegenheit, in die den Schauspieler das Vorhandensein seiner Rolle brachte, verursachte auch beim Zuschauer Anbagen. Geradezu schauerhaft aber war Herr Peckel als Schölermann. Das sollte ein Kater eines fürstlichen Hofes sein, der weder zu gehen, stehen, sprechen noch eine Verbeugung zu machen verstand!! Schließlich wäre das alles noch zu ertragen gewesen, aber der Gesichtsausdruck bei diesem bedenklichen Schölermann war ein derartiger, wie man ihn wohl bei einem Clown im Zirkus erwartete, aber nicht von einem fürstlichen Hofe, wenn dieser als Untergebener vor einem im Range über ihm stehenden oder gar vor dem Fürsten selbst steht. In es denn der Regie nicht möglich, für den Diener Schölermann einen anderen Darsteller zu finden? Die Rolle ist zwar nicht groß, aber der Kater kommt zu oft auf die Bühne, als daß man über ihn hinwegsehen könnte. Die anderen Schauspieler taten ihr Bestes; Herr Benedikt verkörperte ganz wunderbar den in seinem Holzermonie vertrockneten Kammerdiener Luz. Dem gegenüber brachte Herr Vanus sehr wirkungsvoll den, trotz seines Alters noch lebenswarmen, Dr. phil. Sittner heraus und auch die Herren Tremper, Viller, Luz, Nothe, Janide, sowie die Damen Kanis und Frieda Schmidt wurden den Anforderungen, die ihre Rollen an sie stellten, vollkommen gerecht. — Eine große, aber angenehme Überraschung bereitete dem Publikum Herr Schreiber als Gastwirt Rüder. Während in den früheren Rollen Herr Schreiber eine gewisse Steifheit nicht los werden konnte, merkte man gestern gar nichts davon. Die großartige Verrücktheit des baden'schen Dialekts tat ihr Übriges dazu, daß der Wirt des Herrn Schreiber eine ausgezeichnete, abgerundete Leistung wurde. Schade, daß Herr Schreiber sich nicht schon öfter als Charakterdarsteller versucht hat. — Leider hat die Regie eine der hübschesten Szenen, die in der drei Verbindungen, die beim Gastwirt Rüder tagen, den jungen Studenten Karl Heinrich zum Buchs „feilen“ wollen, so arg zusammengestrichen, daß eigentlich nichts Rollesvolles mehr davon übrig blieb. War das nötig?

„Schauspieler und verglichen...“ In Breslauer Theaterkreisen hat eine Bemerkung des Vorsitzenden im Prozeß Sobla Aufsehen erregt. Auf die Bemerkung der Angeklagten, daß sie in ertien Gesellschaftsreisen verlehre, bestritt der Vorsitzende dieses, da ja ihr Umgang hauptsächlich Fleischer, Pforsdörfer, Schauspieler und dergleichen“ gewesen wäre. Die Ortsvorstände Breslau der Deutschen Bühnengenossenschaft beabsichtigen, Schritte zur Aufklärung dieser Worte zu unternehmen, da sie in der Ausdrucksweise „Schauspieler und dergleichen“ eine beleidigende Absicht sehen. Sie weisen auf die kaiserliche Anerkennung hin, die gerade dem Schauspielerstand für seine große kulturelle Arbeit während des Krieges erteilt worden ist.

Sprechsaal.

Die Redaktion übernimmt für diese Rubrik nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Sollen die Weiden umgepflegt werden?

Im Sprechsaal des Voten aus dem Riesengebirge Nr. 54 vom 3. März 1918 erscheint folgende Anfrage:

Zu Nr. 50 des Voten wird gute Weide für 20 Stück Jungvieh gesucht. Sowohl hier als auch auswärts müssen und wohl auch mit gutem Grund, denn die bedrängte Zeit und der Heeresbedarf ersforderte es, daß die Landwirte ähnliche schöne, junge Tiere liefern, gleichviel ob sie wollen oder nicht. Wäre es da nicht bald an der richtigen Zeit, daß auch dieses Weidevieh ebenfalls für Heeresbedarf herangezogen wird? Die unerhörten großen Ländereien, die zu Weiden verwandelt werden, könnten doch in der jetzigen schweren Kriegszeit größtenteils der Körnererzeugung nutzbar gemacht werden und sämen so dem täglichen Brot zugute.

Ein kleiner Stellenbesitzer aus dem Löwenberger Kreise.

Dem Fragesteller möchte ich folgende Antwort geben:

Bei den Viehzählungen ist festgelegt, wieviel Vieh ein jeder Viehbesitzer hat. Gibt nun ein Viehbesitzer Vieh auf Weide, so muß er eben von seinem zu Hause gehaltenen Vieh mehr abgeben, damit er die verlangten Prozente erfüllt. Er wird also nur sein bestes Jungvieh wegschicken, was er gern behalten möchte. Denn vorläufig hat der Besitzer noch die Entscheidung, was er abgeben will, dieses Recht muß ihm der kleine Stellenbesitzer doch gönnen, macht er doch Anspruch auf dasselbe Recht.

Der Vorwurf, das Weidevieh würde zum Heeresbedarf nicht herangezogen, ist also ein völlig unberechtigter. Dann spricht der kleine Stellenbesitzer über die „unerhörten großen Ländereien“, die zu Weiden verwandelt werden und schlägt eine andere Nutzung derselben vor. Hier möchte ich mal an die Zeit vor dem Kriege erinnern.

Welches waren denn die Gründe, warum sich die Anlage von Viehweiden im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege so schnell einbürgerte und ausbreitete?

1. Das Bestreben, die Gesundung unserer Viehbestände herbeizuführen. Schlesien hatte und hat keine selbständige Viehzucht. Viele 10 000 Stück Vieh und Pferde wurden alljährlich für teures Geld aus den Weidegegenden nach Schlesien überführt. Ich erinnere nur an die vielen Kuhhändler, die es allein in unserem Bezirk gab. Der kleine Mann zog seine Kuh nicht selbst auf, die Kalbe, die er allenfalls aufzog, verkaufte er, um sich vom Händler eine Kuh, wie er sie haben wollte, zu kaufen. Pferde wurden alle gekauft, vom Kleinen wie vom großen Besitzer. Fohlen sah man in unserer Gegend fast gar nicht.
2. Das Bestreben der Besitzer von Gebirgsgrütern, die für den Ackerbau unangünstigen Ackerstücke, die zu nah oder zu beraut waren, zu weit vom Gehöft entfernt lagen u. s. w., und infolge der erhöhten Arbeitsanwendung geringen oder gar keinen Mehnertrag gaben, aus der Arbeit zu bekommen. Diese wurden zu Weide niedergelassen. Die nun erhaltene Arbeit konnte aber der Besitzer eines Gebirgsgrutes nun der übrigen Ackerfläche zuwenden, und so kam es meistens, daß auf dem besser gepflegten Rest der Ackerfläche mehr geerntet wurde, wie vorher auf der ganzen Fläche, weil die viel Zeit raubenden Ackerflächen verschwunden waren und die bequemen Ackerstücke tie auf sie angewendete erhöhte Arbeit mit größeren Erträgen lohnte.

So war es bei mir und vielen anderen, deren Arbeit und Schaffen ich zu beobachten Gelegenheit hatte. Der Mehnertrag der Gebirgsgrüter wuchs und die Folge war ein Reigen der Güterpreise im Gebirge.

Aber das glaube ich sicher, gegen diese Weiden, die jeder Besitzer für sich angelegt hat, wird der kleine Stellenbesitzer nichts einwenden, ihm sind nur die Genossenschaftsweiden und die Weiden einzelner Besitzer, die Weiden für Pensionistenvieh angelegt haben, ein Dorn im Auge.

Aber auch darin hat er nicht Recht.

Wir haben doch im Lande weite Bezirke und tausende von Quadratmetern besten, bequemsten Bodens, wo schon lange vor dem Kriege der Morgen 1000 Mark und mehr kostete. Wo die Hüben, Acker- wie Futterrüben, der Weizen, die Gerste so hohe und sichere Erträge geben, an die wir Gebirgsbewohner in besten Jahren gar nicht denken können. Darin können wir mit diesen Flächen nicht konkurrieren. Aber eins haben wir diesen Böden im voraus. Unseren sicheren Acker- und Graswuchs können sie uns nun wieder nicht nachmachen. Also ist es nicht eine richtige Arbeitsteilung, wenn diese dem Weizenbau u. s. w. nachgeben und wir unseren natürlichen Bodenanlagen entsprechend nach Möglichkeit den Acker- und Grasbau pflegen? Daran ist es entstanden, daß die Herren im Lande ihr Jungvieh und ihre Fohlen im Sommer trachten auf unsere Gebirgsweiden zu senden. Da nicht genügend Gebirgsweiden zur Verfügung standen, schlossen sich diese Herren auf, kauften Gebirgsgrüter und legten sich selbst Weiden an. Und Besitzer im Gebirge erweiterten ihre Weiden, um der großen Nachfrage nach Pensionistenvieh gerecht zu werden.

Nun kam der Krieg und mit der unerwarteten Länge dieses Krieges die Ernährungsnot. Nun hört man Städte

sagen und auch kleine Stellenbesitzer, die Weiden mühten umgebrochen und Kartoffeln und Getreide mühten angebaut werden. Darauf ist aber leider zu antworten „zu spät“.

Es reichen doch zurzeit weder die menschlichen und tierischen Arbeitskräfte, noch der Samen an Getreide und Kartoffeln kaum für die in Ackerkultur befindlichen Ackerflächen, so daß behördlich sogar schon angeordnet wurde, wieviel Getreide je Morgen geerntet und wieviel Kartoffeln je Morgen geerntet werden dürfen. Wollte man dennoch die Weiden umbrechen, so würde man handeln wie jener Mann, der den Acker abfängt, auf dem er sitzt. Denn seine Flächen geben unseren wenigen Tieren, die wir noch haben, so sicher und viel Futter an Weide wie an Heu. Es ist ein Zeichen, daß wir noch zu wenig Weiden haben, daß man in allen Zeitungen Annoncen findet, in denen Pensionistenvieh gesucht werden, und wenn in Gebirgsgegenden und dort, wo Weiden sicherere Erträge geben wie Kulturländereien, heute noch Weiden und Wiesen angelegt werden, helfen uns diese durchhalten. Denn dieselben Flächen Weide und Wiese im Gebirge macht eine größere Fläche im Lande für den Körnerbau frei. Es macht sogar diese Arbeitsteilung die höchste Ausnutzung unserer Ackerflächen möglich. Weils, wie schon ausgeführt, auf derselben Fläche im Gebirge mehr Acker und Gras wächst und im Lande auf derselben Fläche mehr und sicher Körner erzeugt werden können.

Zum Schluß noch eine Bemerkung: Es kommt mir immer so vor, wenn ich mit Landwirte gegen die Weiden sprechen höre, als wenn ein wenig Mehl mischpreche. Der schreckliche Sommer 1917 hat allen frisch angelegten Acker zu Grunde gerichtet. Was sollen im Sommer 1918 die armen Landwirte füttern, die keine Weide haben? Die Weide verdirbt bei uns nicht, weder Trockenheit noch Mäuse können ihr etwas anhaben. Wenn es gelingen wird, unsere Viehbestände durchzuhalten und ein gesundes, leistungsfähiges Vieh heranzuzüchten, so werden die schlechten Viehweiden auch ihren Anteil an diesem Verdienst haben.

H. S a b a r t h, Memendorf im Riesengebirge.

Rechte Telegramme.

Das neue rumänische Ministerium.

tu. Wien, 20. März. Die Meldung, daß das Kabinett Marghiloman sich gebildet hat, dessen Mitglieder sämtlich Anhänger der Zentralmächte sind, wird sicherlich als ein Erfolg der Zentralmächte bezeichnet werden. Das Kabinett Marghiloman steht auf dem Standpunkt, daß nicht allein Frieden mit den Zentralmächten notwendig ist, sondern daß auch ein engerer Anschluß in Form eines Bündnisses mit den Zentralmächten erfolgen soll. Marghiloman wird im weiteren Verlaufe der Verhandlungen seine diesbezüglichen Vorschläge den Vertretern der Zentralmächte unterbreiten. Es unterliegt, wie hier erklärt wird, keinem Zweifel, daß dieser Vorschlag von den Zentralmächten mit großem Wohlwollen geprüft werden wird.

Für neue russische Aktionen.

tu. Stockholm, 20. März. Der anstelle der unterdrückten Zeitung „Nerich“ wieder erscheinende „Nasch Vies“ bringt mit der Ratifizierung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk einen Leitartikel aus der Feder des freigelassenen Blechmanow, worin ausgeführt wird, daß ungeachtet aller anderen Ansichten das russische Volk die Zähne zusammenbeißen und die Ratifizierung des Friedensvertrages vorläufig annehmen soll. Der Friedensvertrag ist, so heißt es in dem Artikel, das beste Mittel zur Vorbereitung einer Entgeltung. Die Demobilisierung soll zugleich mit der Mobilisierung durchgeführt werden. In keinem Falle aber soll Rußland weniger als 1 200 000 Mann unter den Waffen behalten.

England verlangt von Rußland Schadenersatz.

tu. Haag, 19. März. Auf eine Anfrage im Unterhause erklärte Balfour, daß alle Erlasse der russischen Regierung, welche die Ungültigkeitserklärung der Staatsschuld, die Beschlagnahme von Eigentum usw. enthielten, als ungültig betrachtet würden, und daß sich die englische Regierung das Recht vorbehalte, von der russischen Regierung Schadenersatz zu fordern.

Die Teuerung in Rußland.

tu. Amsterdam, 19. März. Wie gewaltig die Löhne und Preise in Rußland gestiegen sind, geht aus Petersburger Berichten an die „Westminster Gazette“ hervor. In Moskau stiegen die Löhne der Arbeiter von August 1914 bis August 1917 um 515 Prozent, während in derselben Zeit die Lebensmittelpreise um 566 Prozent in die Höhe gingen. Die Lage der Moskauer Arbeiter war daher sehr schlecht und wurde infolge des Rückganges der Wärla des Rubels und der fortwährend größer werdenden Knappheit und Teuerung der Lebensmittel, die in verschiedenen Gegenden sich zur Hungersnot steigerte, noch schlimmer. Die Preise der Industrieprodukte stiegen noch mehr. Die Preise für Baumwolle und Kattun stiegen um mehr als 1000 Prozent, die für Kleidung um fast 2000 Prozent.

Verlegung der russischen Behörden.

tu. Stockholm, 20. März. Um Moskau nicht übermäßig zu überlasten und ebensolche Lebensmittelschwierigkeiten hervorzu- rufen, wie sie in Petersburg geherrscht haben, haben sich nicht alle, sondern nur einige der aus Petersburg ausgezogenen Behörden in Moskau niedergelassen, während die weniger wichtigen Abteilungen und Kommissariate sich in der Umgegend niedergelassen haben. Aus Petersburg wird berichtet, daß die Stadt trotz des vor kurzem erlassenen Verbotes täglich von Tausenden verlassen wird.

Eine große Schlacht in Finnland im Gange.

wh. Stockholm, 19. März. Wie Aftonbladet aus Wasa erfährt, ist an der ganzen Front eine große Schlacht im Gange. Bei Nilpala gingen die weißen Gardisten zur Offensive über. Einige Orte sind bereits von ihnen eingenommen. Zwischen fahren die roten Gardisten mit ihren Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung fort. Nördlich von Viörneborg wurden in einer Fabrik fast alle Beamte ermordet. Auch mehrere Gutsbesitzer wurden ermordet. Ein großes Geschäftshaus in Ubo ist vollkommen geplündert worden.

Japan wartet ab.

wh. Amsterdam, 19. März. Einem hiesigen Blatt zufolge er- fahren die Times aus Tokio: In dem heutigen Kronrat, dem vermutlich der Kaiser beizuwohnte, wurde es für unwahrscheinlich gehalten, daß man zu einer militärischen Aktion übergehen würde, ehe das Parlament zu Ende des Monats vertagt worden sei.

Die schwierige Heimkehr**der Entente-Diplomaten.**

tu. Lugano, 20. März. Der Petersburger Korrespondent des „Secolo“ meldet aus Lamerz, daß die englische Botschaft ohne die übrigen Entente-Diplomaten durch die kämpfende Rote und Weiße Garde hindurch, allein ihren Weg genommen und nach vielen Schwierigkeiten die schwedische Grenze erreichte. Diese englische Initiative habe unfreiwillig die Lage der übrigen Diplomaten sehr erschwert. Der Diplomatenzug wurde angehalten. Die Roten Gar- disten behaupten jetzt, daß die Weiße Garde den Weg zum Durch- gangsverkehr benutzt habe, um ihre Angriffe auf die Rote Garde wirksamer zu gestalten, und ihnen, wie es schon geschehen ist, schwere Verluste zuzufügen. Der Diplomatenzug könne deshalb ohne ent- sprechende Garantien durch die Weiße Garde nicht zur Weiterfahrt freigegeben werden.

Die Angst vor der deutschen Offensive.

tu. Zürich, 20. März. Aus Newyork wird gemeldet: Die Nervosität wegen der deutschen Offensive beherrscht auch die ameri- kanische Militärkritik. Newsweek veröffentlicht einen Artikel, in dem gefragt wird, ob Deutschland die französische oder die englische Front angreifen werde. In beiden Fronten sei ein Angriff den- bar. Aber alle stimmen überein, daß der Hauptstoß gegen Frank- reich fällt. England hat schwere Verluste erlitten, aber keine solchen wie Frankreich, dessen Menschenmaterial abnehme. Es sei zweifel-

haft, ob Frankreich die großen Verluste schätzen könne. Die ameri- kanische Militärkritik glaubt nicht, daß die amerikanische Armee in größerer Zahl vor dem Herbst, vielleicht sogar nicht vor dem Früh- jahr 1919, bereit sein werde. Es erscheint sehr unwahrscheinlich, daß die deutsche Offensive im März oder April beginne.

Ein französisches Uboot verloren.

tu. Lugano, 20. März. Nach einer Pariser Meldung des Secolo wird der Verlust des französischen Ubootes „Diane“ amt- lich bekannt gegeben.

Die Besatzung des „Secadler“ nicht interniert.

wh. Berlin, 20. März. Die Nordd. Allgem. Ztg. meldet, wie wir von zuverlässiger Quelle hören, ist die von feindlichen Nach- richtendienstagenturen verbreitete Meldung, daß die in Chile gelandete Besatzung des Hilfskreuzers „Secadler“ von der chilenischen Regie- rung interniert worden sei, unzutreffend. Die Mannschaft befindet sich vielmehr auf freiem Fuß und ist nur bis zur Klärung der mit ihrer weiteren Behandlung zusammenhängenden Rechtsfragen unter behördliche Aufsicht gestellt.

Graf Fugburg nicht in Chile.

wh. Berlin, 20. März. Die Norddeutsche Allgem. Ztg. meldet: Die Renfermeldung, daß der Gesandte Graf Fugburg in Chile eingetroffen sei, entspricht nach den hier vorliegenden Mel- dungen nicht den Tatsachen.

Wachsende Missimmung gegen Clemenceau.

3. Basel, 20. März. Den „Basler Nachrichten“ zufolge ist die innerpolitische Lage Frankreichs gegenwärtig von einer wachsen- den Opposition der Sozialisten gegen das Kabinett Clemenceau beherrscht, da Clemenceau den Sozialisten als Feind der Arbeiter- klasse gilt.

Berliner Börse.

wh. Berlin, 20. März. In ihrer Gesamtheit ließ die Börse heute eine etwas freundlichere Veranlagung erkennen, doch hielt sich das Geschäft nach wie vor in engen Grenzen. Dementsprechend sind auch die Kursveränderungen wenig bedeutend. Von Montan- werten lagen oberbayerische Eisenbahnbefugnisse auf den günstig- sten Abschlüssen wesentlich höher. Carl ermäßigt im Kurse waren Gebrüder Pöhl, wogegen Daimler anzogen. Die von Wien ab- hängigen Werte lagen schwächer. Im weiteren Verlaufe veränderte sich nichts Besonderes. Der Rentenmarkt blieb unverändert still.

Wetterwarte der Oberrealschule.

(865 m Seehöhe.)

	19. März	20. März
Luftdruck in mm	736	733.3
Luftwärme in °C. 8 Uhr vorm.	+ 3.8	+ 6.3
„ „ 2 Uhr nachm.	+ 6.3	+ 12.7
„ „ höchste	+ 13.1	—
„ „ niedrigste	+ 2.9	+ 4.4
Fenchigkeit in Proz. 8 Uhr vorm.	91	66
Niederschlagsmenge in mm	—	—

Vorbereitungsunterricht
1. alle Klassen höh. Lehr- anstalten, für d. Einzäh- reitw., Primar-, Sekun- däre- u. Abitur-Examen (bei Selbstgekau auf Not- prüfungen in abgeklärten Kurs.) ert. Emil Seegast, höherer Lehrer, Warmbr. Straße Nr. 20.

Achtung!
1 Bentner Kaser verloren am 19. 3. 18 bei Guts- beitz. Brömberg, Derich- dorf, Ede Alte Straße.
Der erkannte Finder w. aufgefordert, selbst, halb abzugeben bei Gutsbeitzer Karl Heinrich, Derichsdorf i. R. Nr. 82.

Ein blaugrauer Abendmantel
mit Waid vom Bahnhof Krummhübel bis Haupt- bahnh. Schmiedeburg ver- loren gegangen. Geg. at. Belohnung abzugeben Owerfeister i. R. Nr. 48 Birtenhof.

Gesellschafts = Tänze!

Neue Kurse beginnen!

Anmeldungen für Hirschberg.

Schreibertan und Krummhübel erbeten.

E. Olzien**Tel. 492**

* dipl. Lehrerin für Tanzkunst und Kalligraphie, *
Hirschberg, Pension Elisabeth, Wilhelmstraße 28.
Mittwoch, den 20., und Donnerstag, d. 21. 3. 1918,
auch Solviz Kaiserhof von 4—8½ Uhr.
Ober!reiberhan, Lötter - Pensionat Maibach.
Freitag, den 22. 3. 18 und Sonnabend, den 23. 3. 18.

Witwer, Prof., 40 J.,
ev., mit schönem Grund-
stück, wünscht

Neirat.

Stv. Verm. ersord. Off.
u. K 991 an d. „Vote“.

Manschett. Sonntag ver-
loren. Abgab.
Gunnernsdorf, Jägerstr. 13

Wer die weiße Kinder-
schürze am Sonntag um
12 Uhr vor dem Land-
gericht aufgehoben, wird
gebeten, dieselbe abzugeben.
v. Barendorf, Gunnernsd.,
Warmbrunner Straße 6b.

Wer gibt ja. Mädchen
abends nach 8 Uhr Unter-
richt in Konvert-Bücher?
Offerten mit Preis unt.
M 993 an den „Vote“.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört
zu schlagen.

Diensdag früh ¼ 4 Uhr entschlief sanft
nach kurzem, schweren Leiden meine liebe
Frau, unsere über alles geliebte Mutter,
Schwieger- und Großmutter, Schwester
und Schwägerin,

Frau

Caroline Schindler

geb. Hoffmann

im Alter von 65 Jahren.

Sie sollte drei lieben Söhnen, die den
Selbsttod fürs Vaterland erlitten, in die
Ewigkeit nach.

Der tieftrauernde Gatte

nebst zwei Töchtern und Anverwandten.
Seitendorf, Giesmannsdorf u. Werners-
dorf, den 19. März 1918.

Beerdigung: Freitag nachmittag 2 Uhr.

Blödsinn und unerwartet entließ uns der Tod unsere geliebte, treu sorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter

Ernestine Scholz

im 74. Lebensjahre. Sie folgte ihrem vor kurzer Zeit verstorbenen Gatten in die Ewigkeit nach.

Im tieferen Trauer zeigen dies an

Familie Leder, Gotschdorf
Familie Prox, Warmbrunn
Familie Trautmann, Marklissa.

Gotschdorf, den 22. März 1918.

Beerdigung findet Sonntag, den 24. März, nachm. 2½ Uhr vom Trauerhause, Gotschdorf Nr. 2, aus statt.

Am 18. d. M., abends 7½ Uhr verschied sanft an Altersschwäche unsere liebe, gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

verm. Frau

Ernestine Haude

geb. Scholz

im vollendeten 77. Lebensjahre. Dies zeigen an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Hirschberg, Cummersdorf, Reinickendorf b. Berlin, den 21. März 1918.

Beerdigung Freitag, den 22. März, nachmittags 2 Uhr v. d. Friedhofstafel aus.

Am 17. März, früh 4½ Uhr verschied nach kurzer, aber schwerer Krankheit unser lieber, guter Vater, Schwieger-, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Renteneinpfänger

Franz Veith

im 76. Lebensjahre.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an

die trauernden Hinterbliebenen.

Cummersdorf und Seitendorf, den 21. März 1918.

Beerdigung Freitag nachmittags 4 Uhr v. d. Cummersdorfer Friedhofstafel aus.

Zeichnungen

1. & 2.

8. Deutsche Krieganleihe

nehmen wir spesenfrei entgegen.

Vorschußver. zu Hirschberg.

Erw. Nachlaß-Versteigerung.

Wicht. f. Lodeninhaber!

Im Auftrage soll, Freitag, den 22. März, nachmittags 2 Uhr, Bahnhofstraße Nr. 43d, im Laden versch. gut erhalt. Ladenregale, Ladenmöbel mit Schüben, Schrankkasten, Steigleiter, Etagères, Gasbeleuchtungskörper f. Tisch- und Hängelicht u. c. m.,

ferner verschiedene Möbel, Bowfenterrine u. a. m. meistbiet. versteig. werden.

Josef Tost,

beid. Sachverst., Taxat., Versteigerer für Stadt u. Kreis Hirschberg, Neuh. Burgstraße Nr. 3, Telefon 446.

Holzauktion.

Montag, den 25. März, nachmittags 2 Uhr, sollen auf d. Bauergute Nr. 26

zirka 25 Raummeter

Brennholz

im Einzelnen, und nachmittags 4 Uhr zirka 20 Rmtr. Brennholz und Fichtenäste

auf d. Bauergute Nr. 14 zu Seifersdorf gegen Barzahlung verkauft werden. Die Besitzer.

Gewissenh., best. Pflanze wird für ein 6 Mon. alt. Mädchen in Strauß ge-
Gest. Angeb. unt. E 8 an d. Exped. d. „Boten“

Wohne jetzt
Schützenstraße 6/7
im Hause G. A. Zelter.
B. Guder, Klavierstimm.

Kartoffeln.

Anträge auf Ausstellung von Bezugsscheinen für Kartoffeln für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli können bis zum 28. März, vormittags von 9—12 Uhr in der Lebensmittelkette I stellen. Es werden für jede Person bis zu 1 Str., für Schwerarbeiter bis zu 1½ Str., für Kinder unter 6 Jahren bis zu 50 Pf. freigegeben. Der Landwirt, der zur Lieferung bereit ist, ist bei der Antragstellung anzugeben.

Hirschberg, den 20. März 1918.

Der Magistrat.

Auf Abschnitt 3 der für den Kreis ausgegebenen Eierkarte darf ein Ei abgegeben und entnommen werden.

Hirschberg, den 18. März 1918.

Der Kreis-Ausschuß.

Auszünge in Betrieben über die Meldung Hilfsdienstpflichtiger.

Nach § 12 der Bundesratsverordnung vom 13. 11. 1917 ist jeder Arbeitgeber, der in seinem Betriebe Hilfsdienstpflichtige beschäftigt, verpflichtet, die Vorschriften in § 9 Abs. 1 und 2, § 15 und 16 Abs. 1 dieser Verordnung durch einen lesbaren Aushang an allgemein zugänglicher Stelle in der Betriebsstätte dauernd bekannt zu geben. Es handelt sich in diesen Paragraphen um die Bestimmung über die Meldepflicht der Hilfsdienstpflichtigen bei Stellen- und Wohnungsveränderung und bei Vollendung des 17. Lebensjahres, ferner um die Strafvorschriften bei schuldhafter Unterlassung dieser Meldung oder im Falle unrichtiger oder unvollständiger Angaben. Die Auszünge sind von den Ortsbehörden gegen 10 Pfennig pro Stück zu erhalten.

S. N.:

Der Vorsitzende des Einberufungsausschusses für den Landwehrbezirk Hirschberg i. Schl.

An die wehrpflicht. zurückgestellten Arbeiter!

Befehl.

Alle für die Kriegswirtschaft zurückgestellten Wehrpflichtigen erhalten hierdurch den dienstlichen Befehl, sofort (spätestens innerhalb 48 Stunden), dem für ihren Wohnort zuständigen Bezirkskommando (oder bei den Werken mit militärischen Überwachungsstellen den letzteren) Meldung zu machen, wenn sie die Arbeit niederlegen oder ihre Arbeitsstelle wechseln. Nichtbefolgung dieses Befehls wird nach §§ 92, 93 des Militärstrafgesetzbuches bestraft.

Im übrigen gelten alle Wehrpflichtigen für die Dauer der Zurückstellung als Hilfsdienstpflichtig im Sinne des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 6. Dezember 1916, dessen Bestimmungen auf sie volle Anwendung finden. Insbesondere sind die Schlichtungsausschüsse nach § 9 Abs. 2 des Hilfsdienstgesetzes für den Fall zuständig, daß der Arbeitgeber den Ablehrschein verweigert. Unterlassen Wehrpflichtige vor etwaiger Arbeitsniederlegung die Anrufung des Schlichtungsausschusses oder warten sie nach erfolgter Anrufung seine Entscheidung in der alten Arbeitsstätte nicht ab, so gilt die Veranlassung zu ihrer Zurückstellung ohne weiteres als hinreichend und sie werden eingezogen.

Königliches Bezirkskommando.

Brennholz-Verkauf.

Am Freitag, den 22. d. M., nachmittags 4 Uhr, werden im Gasthof „zur Kride“ in Neu-Stonsdorf folgende am Oberfeld bei Schwarzbach lagernde Brennholz meistbietend verkauft:

40 Nadelholz-Langhaufen
8 Rm. desgl. Knüppel.

Hirschberg, den 19. März 1918.

Der Magistrat.

Abbitte!

Schließamtlich geeinigt, nehme ich die Familie Röhner bloßstellend, beileibigend. Auszug, ebenso die Hrl. Minna Griebe betref. schamlosen Aeußerungen meinerseits als unwehr zurück, zahle sechs Mark als Sühne z. Noten Kreuz u. warne v. Weiterverbr. d. erlog. u. mir z. getragenen Aeußerungen. Die Urheberin der Aussage ist Hrl. S. Röhning aus Reudorf.

Reudorf, 18. März 1918.
Witwe Martha Kallinich.

Gut erb. Kleiderschrank, Ekkertum, zu verkaufen
Cunnersb. Dorstr. 199.

Möbelverkauf.

2 Schreibtische, 1 Vertik., 3 Bettstellen mit Matratz., 1 Waschkom., 1 Schrank, 1 Küchenbuffet, Stühle, Kleiderhänger, zwei große Spiegel, Tische u. elektr. Lampen

Hirschberg, Franzstr. 6, I.
Gr., geb. Rettendrehrolle zu verk. Straupitzer Straße Nr. 7, I rechts.

20 000 Mark

auf sichere Hypothek zu vergeben u. A 4 „Vote“

60 000 Mark

als 1. Hypothek, auch geteilt werden auf ein 220 Morgen gr. Gut (Weizenboden) in guter Kultur gesucht. Off. unt. N 994 an d. Exped. d. „Vote“

Grunau.

Haus Nr. 192 mit schönem Garten ist bald bei Kasse zu verkaufen. Schmiedeberg i. Rieseng.

Haus-Verkauf!

In Erdmannsdorf-Zillerthal vor 16 Jahren auf das beste erbaut als Voll-Apothek, in der unmittelbaren Nähe des Schlossparkes herrlich gelegen, 5 Minuten zur Bahn, 2 Minuten zur Post. Mit vollstündigem Hochgebirgs-Rund-Panorama. Alle Räume ohne Ausnahme von Licht und Sonne durchflutet. Eine erste Hypothek auf Jahre hinaus fest zu 4% in freiberwilligen Händen. Das Grundstück ist 1/2 Morgen groß, auf das beste erhalten, da nur Besitzer allein darin wohnt.

Feuerversicherung bis nächstes Jahr bezahlt. Anzahlung 15 000 Mark, das Restaufgeld kann auf 5 Jahre unfindbar stehen bleiben. Das Haus ist auch als Zwei-Familien-Wohnung aufs beste geeignet. Alles Nähere bereitwilligst nur durch S. Konnenmacher, Krummhübel i. R. Nr. 160.

Das Sommer-Restaurant „Waldfrieden“

in Hartenberg bei Petersdorf i. R.

Ist zu verpachten.

Nähere Auskunft erteilt

W. Mentzel, Hartenberg 17.

Verkaufe
meine 22 Scheffel große

Landwirtschaft

massive neue Gebäude, in schönem Dorf gelegen, bei 6- bis 8000 Mt. Anzahl. mit sämtlichem Lebenden und toten Inventar.

Offerten unter L 20 an die „Löwenb. Zeitung“, Löwenberg i. Schl. erb.

Ein schönes Landhaus
(neugebaut) mit 2 Morg. Garten u. Acker, dicht an Warmbrunn, zu verkaufen. Angebote unter S 998 an d. Exped. d. „Vote“

Ein kleines Häuschen
mit Garten. bei Lahn, zu verkaufen. Angebote unt. T 999 an die Expedition des „Vote“ erbeten.

Achtung!

Ein Haus mit schönem Obst-, Gras- u. Gemüsegarten, eignet sich auch f. Landwirtschaft, ist wegen Todesf. in Cronmenau sofort zu verkaufen.

Nähere Auskunft erteilt G. Seifert, Nachlasspfleg. Gutgehend. Papiergeschäft i. Riegeln, ohne Kontur., verkauft Köhler, Riegeln, Sauerstraße Nr. 138.

Achtung!

Wegen anhalt. Krankheit verkaufe ich meinen

Gasthof mit Landwirtschaft und Kohlenhandlung.

Herrmann Zimmer, Gasthof „zum Hirsch“, Schmiedeberg i. Rieseng.

Ein mittleres
Geschäftshaus

an verkehrsreicher Straße in Landeshut ist umgänglich zu verkaufen.

Angebote unter P 337 an d. Exped. d. „Vote“

Gut,
100 Morg., das 25 Morg. Wiese, gute Geb., volles Inv., hies. Gg., Bahnst., verk. weg. hoh. Mt. und Krankheit billig für 50 000 Mt. bei 12- bis 15 000 Mt. Anz., nehme ev. 11. Wirtsch. in Zahla. Agenten verboten. Angeb. unter P 996 an d. Exped. d. „Vote“ erb.

Wirtschaft

zu kaufen gesucht.

Baum, Breslau, Behmstr. 75.

Altershalb. verkaufe mein **Gut v. 58 Morg.**

i. Hirschb. Tal beleg., tot. u. leb. Inv. elektr. Kraft. Prs. 44 000 Mt. Anz. d. Hälfte. Offert. unter B 5 an d. Exped. d. „Vote“

Zinshaus mit Garten

in Hirschb. od. Cunnersdorf bei jed. gewünschten Anzahlung zu kaufen gef., desgl. gute Dammo-Inv. Offerten bis 25. d. M. unt. R 997 an die Exped. des „Vote“ erbeten.

Unsere Rutscherstube

ist zu verpachten
— Pferd- od. Fuhrwerksbesitzer bev. —
Hotel Drei Berge.

1 jhr. braune Kuhkalbe, eine neuemelkene Ziege und 3 Bückchen

zu verkaufen
Sohlenwalbau Nr. 10.

Dominium Reibnis
bei Hirschberg verkauft ein Paar schwarzbraune, kräftige, starke

Oldenbg. Wallache,

gänglich und zugef. zu jed. Zweck verwendbar.

Schlachtplatz h. A. Feig, Priesterstr. 2.

Vier hochtrag. Ziegen
und ein Haufen Dünger zu verkaufen Hartau 28.

Gesucht für sofort für hiesig. Rechtsanwaltsbüro gewandter

Herr oder Dame.

Fertige Bedienung der Schreibmaschine erforderlich. Offerten unter Z. 981 an die Exped. des „Vote“ erb.

Bis 1. April cr. suche

1 tüchtigen, jungen Mann,
auch Kriegsschädigten, eventuell junge Dame, firm in der Kolonialwarenbranche, für Reise und Büro.

Arthur Schwarze, Hirschberg, Schl., Postfach 6.

1 Jahr alte Ziege

zu verkaufen Hirschberg, Straupitzer Straße Nr. 3.

Verkaufe Belg. Niesekamm., 70x80, 16 Monate alt. Kaufe d. Tier 1916 aus Föhring in Bayern. Hirschberg i. R. Füllner-Kolonie 5, prt. I.

1 od. 2 H. Pauerfisch, zu kauf. gesucht. Angeb. an Stumpe, Hirschberg, Schmiedeburger Str. 80.

Kaufe alte und junge Hunde.
H. Schneider, Hirschberg, Straupitzer Str. 3.

Kaufe
geflügelstark, wachsam.
Rassehund,

selbstig. kommt in sehr gute Hände.
Hugo Herrmann, Sechshütte, Herrmannshof.

Gute Begehler zu vkf. Mühlenstr. 16, pt. r.

Zucht-Gänse u. -Enten

s. vkf. Gd., Dorstr. 170.

Klavierspieler oder -Spielerin

3. Tanzunterricht gesucht. Meldungen erbeten an Tanz-Lehr-Institut von Bühlingsläwen, 3. St. Warmbrunn, Kochschule von Frau. Tepler.

Mitarbeiter, auch Dam.,

von groß., gut eingeführt. Vers.-Akt.-Gesellschaft für sehr lohnende, aktuelle u. leichte Versicherungsabschl. in best. Gesellschaftskreisen gesucht. Gefl. Anerbieten an die Ammon.-Expedition Georg Voigt, Gdrl. 15.

Junger Kellner,

sucht für Saison sofortige Beschäftigung i. Gebirge, letztes Engagem. Speisewagen-Gesellschaft. Angeb. erbeten an Carl Kolonowski, Hotel „Deutsches Haus“, Hirschberg, am Markt.

Achtung!

Suche f. meinen Sohn, ca. 14 J., welch. Ollern die Privatschule verläßt, geeignete Stelle, wo dies. für das Kaufmann. Fach vorgebildet wird.

Offerten nebst näheren Bedingungen, unt. U 1000 in der Expedition des „Vote“ niederzulegen.

Rudelstadt. Fleissige Arbeitskräfte

zur Vollendung d. neuen Friedhofsanlage gesucht. Meldungen bei Gärtner Dammig dort.

Zum baldigen Antritt suchen wir einen tüchtigen, nuchternen

Arbeiter.

Derselbe muß guter Pferdepfleger sein u. in Gartenarbeiten Erfahrung haben.

Zentralmolkerei,
G. m. b. H., Lahn.

Gesucht für 1. 4. 1918
verheirateter Arbeiter als Gartenmann

für Gartenarbeit und Bedienung der Zentralheg. Frau muß Gartenarbeit mitmachen.

Gutsverwaltg. Hirschberg
bei Schildau a. Bober.

Suche für m. 150 Mg. großes Gut ledigen

Wirtschafter oder Knecht

auch Kriegsinvaliden, der d. Landwirtschaft vorstehen kann, für sofort od. spät. 1. April. Offerten unter W. u. K. an die „Löwenberger Zeitung“, Löwenberg i. Schl., erbeten.

Ein tüchtiger, zuverlässiger, erfahrener

Haushalter

wird zum sof. Antr. gef.
Hotel Josephinenhütte,
Schreiberhau i. R.

Gesucht
zum 1. 4. ein zuverlässiger
Kutscher

oder Stallbursche.

Bezugne. Bild und Gehaltsanfrage an
Sanitätsrat Dr. Ablass,
Malsch a. Oder.

Rüchternen, zuverlässig.

Kutscher

für schweres Fuhrwerk

sucht

H. Füllner,

Maschinenbau-Anstalt,
Warmbrunn in Schlesien.
Einen tüchtigen, zuverlässigen

Kutscher

sucht

Spediteur Max,
Promenade Nr. 27.

Olsenführmann

f. bald od. später gesucht.
Winer, Döberitzsdorf.
Wohnung mit Feuerung
u. elektr. Licht vorhanden.

Einen Osterjungen

in Landwirtschaft sucht
Weißig, Gummersdorf.

Lausburschen

sucht zur Vertretung
Adolph Caro.

Gesucht wird ein starker
Bursche,
der Lust hat

Schweizer

zu lernen. Eintritt sofort.
Oberschweizer Wenger,
Stüdel-Rauhen,
Kreis Schönau.

Ein Lehrling

für unsere Eisenwaren-
handlung v. 1. Apr. gef.
Kost und Wohnung im
Hause.

H. Adams Erben,
Landeshut i. Schl.

Einen Lehrling

nimmt an

H. Wonsa, Bäckermeister,
Petersdorf i. R.

Ein tüchtiges, fleißiges Mädchen

für den Alleinbedarf per
2. April gesucht.
Dr. Km. Olga Niemelä,
Landeshut, Ring 23.

Putzmacherin,

selbständig arbeitend, wird per sofort in
dauernde Stellung gesucht.

Grda Essler, Krummhübel i. Nigb.

Tüchtige, junge Dame,

amerikanischer Buchführer,
Schreibmaschine u. Steno-
graphie, bereits mehrere
Jahre praktisch tätig, sucht
Stellung als

Buchhalterin

oder **Prüfungsekretärin.**

Offerten unter O 995
an d. Exped. d. „Boten“.

Berkäuferin

für Kurz-, Weiß-, Woll-
waren per 1. April oder
später gesucht. Offert. m.
Zeugn., Abschriften, Bild
und Gehaltsanfragen u.
V 1 an die Expedition d.
„Boten“ erbeten.

Geb. Dame sucht Beschäft.
als **Vorleserin**

in Warmbr. od. Berisch-
dorf. Gefl. Angeb. unt.
G 944 an d. „Boten“ erb.

Gebildetes Fräulein,
25 Jahre, sucht Beschäftig-
ung, irgendwelche Art. Off. u.
L 992 an d. „Boten“ erb.

Tüchtig. Dienstmädchen

für Bäckerhandlung zum
1. April gesucht.
Gossmann, Berlin C. 25,
Landberger Str. 35.

Für arch. Logierhaus
in Warmbrunn wird für
bald oder später
tüchtige, erfahrene

Stütze

gesucht, die schon in ähn-
lichen Betrieben tat. war.
Angeboten mit Zeugn.,
Abschriften und Gehalts-
anfragen erb. Fremden-
heim „Schlösschen“ in
Warmbrunn.

Suche zum 1. oder 15. 4.

Küchin

oder zuverlässig. Mädch.

mit Kochkenntniss. Zeug-
nisse, Gehaltsanfrage, erbitt.
Frau Kuschner,
Hilfsbach im Riesengeb.

Osternmädchen

für kleinen Haushalt sucht
Paul Wedde, Briesen-Geb.,
Markt.

Suche für sofort
oder 1. April tüchtiges
Mädchen.

Zentralh. und Warm-
wasser vorhanden.
Frau Dir. Wolwode,
Berl.-Steglitz, Borsigstr. 39.

Bildungsmädchen

f. Papierh. u. Burgstr. 4.

Ältere Dame

sucht junges freundliches
Mädchen

mit etwas Kochkenntnissen
zum 1. Apr. Meldungen
mit Bild an
Fräulein Leiblich,
Wilmersdorf bei Berlin,
Gärtelstraße Nr. 27.

Begen Unzufriedenheit
meines jetzigen suche ich
für sofort oder 1. April
ein tücht. fleißig. ehrlich.
Mädchen

3. Landwirtschaft. als erstes,
zweites vorhanden.
Frau Gutshof, Neumann,
Johannesdorf bei Spiller.

Tüchtiges Mädchen

oder Stütze w. Koch. kann
u. Hausarb. übernimmt,
zum 2. April gesucht.
Gefl. Meldungen bei
Frau Gärtnereibesitzer
Weinhold, Dirschberg Schl.

Begen Krankh. meines
jetzigen suche für bald od.
1. April ein fräutiges
Mädchen

zur Landwirtschaft.
Anna Bentschel,
Pommitz i. Nigb. Nr. 25.

Sauberes fleißiges Mädchen

für Logierhaus und Land-
wirtschaft gesucht.
Fortuna,
Bräunenberg i. Riesengeb.

Ein tüchtiges Mädchen

3. Aufräumen d. Zimmer
und Landwirtschaft sucht
per bald

Theodor Breiter,
Haus Niglon,
Bräunenberg i. Riesengeb.

Christliches, sauberes Mädchen

für Küche und Haushalt
sucht per bald, ev. April.
Frau Kaufmann
Martha Häusler,
Schreiberhau, Mariental.

15jähriges Mädchen
in die Landwirtschaft. empf.
M. Jeschke, Vermietungsfrau,
Warmbrunn,
Dirschberger Straße 7.

Mädchen, in Handarb.
geübt, f. kleiner. feineren
Haushalt gesucht 3. 2. 4.
1918. Offert. unt. G 988
an d. Exped. d. „Boten“.

Ein ordentliches, fleißiges
Dienstmädchen

3. Landwirtschaft. f. 1. 4.
R. Rudolph, Webersdorf.

Saubere, ver. Wohnung
in Warmbrunn v. 1. Juli
d. 3. zu vergeben. Anst.
Berischdorf, Dsch. Hof 7. 1.
12 bis 1 Uhr mittags.

Die von Herrn

Tischlermeister Linke
innegehabten

Werkstatträume

sind sofort oder später,
eventuell mit Wohnung
zu vermieten.

Paul Herrmann,

Dirschberg i. Schl., Bahn-
hofstraße Nr. 47.

Gr. schöne Part.-Stube
zum Möbelausstellen
für sof. oder später zu vm.
Kühn, Sand 2a.

Stube und Kammer

mit elektr. Licht zu verm.
Steinfelsen Nr. 84.

Erholungsaufenthalt
m. Verpfleg. sucht Beamit.
b. Mitte Mai 3-4 Woch.
in waldiger Gebirgsgegend.
Angebote unt. V 979 an
d. Exped. d. „Boten“ erb.

Junge Dame sucht ab
1. April in Dirschberg od.
Umgebung

Pension,

wo sie sich i. Küche, Haus-
halt und gefellsch. weiter
ausbilden kann Angeb. an
H. Schwarz, Breslau,
Westendstraße 43.

2 3. m. Küche u. Bur-
schengelass. möbl. i. ruh.
vorn. Hause v. höh. Off.
bald gef. Angeb. an d.
H. G. 3. Erf.-Btl. Jäger
Nr. 5 erbeten.

2 Pers. suchen bald od.
1. 4. ar. Stube, 1 Tr., od.
Stube m. Küche u. Zubh.
in ruhlo. Hause i. neuen
Gummersdorf. Off. unter
F 987 an d. „Boten“ erb.

Bess. Wohn- u. Schlaf-
zimmer mit guter, voller
Pension gesucht. Ang. u.
Z 3 an den „Boten“ erb.

Kunst- u. Vereinshaus.

Montag, 25. März, abends 7 1/2 Uhr:
Öffentliche naturwissenschaftliche

Demonstrations - Abende

der deutschen Mikroskopischen Gesellschaft
Vorführungen mit lebenden Objekten durch **Bellachini**

den bekannten Berliner Physiker Joachim
Die Wunder des Mikroskops (in 600 000facher Vergröße-
rung). Der durchsichtige Mensch. Die Urwesen. Lebende
Steine. Die Wunderwelt des Wassertropfens. Flüssige
Krisalle. Fliegende Blumen. Lebende Brillanten. Mystik
und Okkultismus in der Natur. Hypnose, Katalepsie,
Scheintod. Seelenwanderung. Mimikry, Symbiose. Lie-
besleben der Pflanzen. Erfindungen der Zukunft. Osmose
Kolloid - Chemie.

Eintrittskarten à 3,50 M., 2,50 M., 1,80 M., 1,10 M. u. 0,80 M.
in der Buchhandlung von **Paul Röhke.**

3 Zimm., Küche, elektr.
Licht, sonnig, möbl. Aus-
statt. v. 1. 7. 18 v. allein-
steh. Dame in Dirschberg,
Gummersdorf. Berischdorf,
Warmbrunn gesucht. Off.
u. C 6 an den „Boten“.

Suche sofort
auf möbliertes Zimmer
zu mieten. Angebote mit
Preisangabe unt. J 990
an d. Exped. d. „Boten“.

Stadttheater Hirschberg.

Donnerstag, d. 21. März,
abends 7 Uhr

Der Katzensteg

von
Hermann Sudermann.

Kronprinz - Lichtspiele.

Hella Moja

Tod des Grassmuth.

Rosa Porten

Die Landpomeranze.
Kommen!

Herr Andra:

„Drohende Wolken“.
„Glücksfischer“ Des
Lebens ung. Freude
2c. wird auch i. Kron-
prinz gespielt.

Hurra! Hurra!

der lustige Friedel

ist wieder da, aber wo?

Sonntag, den 24. März.
i. „Reichsgarten“,
Straupitz.

Zu dem am Donners-
tag, den 21. 3., stattfind.
Damenkaffee

laden ergehen ein
H. G. 1. und Frau,
Waldschlösschen,
Querfeltsen i. Riesengeb.

Gehirns - Leiterwagen
mit geschweißten Reifen
zu haben bei
Paul Köhler, Hirschberg
Bahnhofstraße 13.

**Ziegen-
Zielf-
Kanin-
Felle**
sowie alle anderen Sorten
laufen zu höchsten Preisen
Julius Hirschstein & Co.,
Warmbr. Str. 20d, II.

Einfachen Branntwein Alten Branntwein
Echt Underberg Boonekamp
Pfefferminze :: Kräuter - Likör
empfiehlt
Paul Troche Löwenberg, Schl.

Telefon 808.

**Kinderwagen,
Klappwagen,
Reisekörbe,
Puppenwagen,
Kinderstühle**
zu sehr gemäßigten Preisen.
Paul Köhler,
Bahnhofstraße Nr. 13.
Telephon 431.

Biete an
Wandkaffeemühlen
Bestell. und Anfragen an
Gustav Selter,
Löwenberg i. Schlesien,
Markt Nr. 210, II.

Sämtliche Frühjahrs-Neuheiten
sind eingetroffen:
**Kinder-Kleidchen
Kinder-Mäntel
Kinder-Jäckchen
Kinder-Mützen
Kinder-Häubchen**
Kaufhaus R. Schüller
Telephon 148. Bahnhofstr. 58a.

**Alhorn-, Eichen-, Eichen- u.
Rotbuchen-Rundholz kaufen**
Maschinenbau Aktiengesellsch.
vorm. Starke & Hoffmann,
Hirschberg i. Schl.

K-E-G Mangeln Zufuhr an
frischen **K-E-G**
Seefischen
haben wir einen großen Vorrat
Klippfisch beschafft.
Verkauf in gebrauchsfertigem Zustand
markenfrei
in Hirschberg bei Paul Berndt, Hermann
Günter (Inh. M. Weinert), Schwarzer
Nachf. (Inh. Vogt), Conrad Wenzel, Jo-
hannes Dahn, Warnemünder Fischhofhaus,
Frau Schmitt, Fischhandlung, Fischer, Firma
Scheidwig, Warmbrunn.
Kreis-Einkauf-Gesellschaft m. b. H.

Pianos,

neu und gebraucht, empf.
M. Böhmig, Wilhelmstr. 6

Piano
ob. X-faltigen Stuhlflügel,
nur bessere Marken, bis
900 Mark, gesucht. Off.
unter O 973 an die Ex-
pedition des „Boten“ erb.

Mandoline
zu kaufen gesucht.
Kammach, Strauß' Hof.

Radfahrer,
hebt ist es Zeit, Ihr Fahr-
rad zu fitteln! Empfehle
meine patentamtlich. gesch.
Spiralfeder-Vereinigung.
Bester Ersatz für Gummi.
Preis p. Paar 15.— Mk.,
Verpackung 1.— Mk. geg.
Nachnahme. Tausende i.
Gebrauch. Vertreter gef.
Mitteldeutsche Federfabr.,
Salle a. S. 12a,
Schlesisch 22.

Strohüte
zum Ummähen,
Vorienhüte z. Um-
arbeit. auf moderne
Formen nimmt an
Wilhelm Hanke,
Lichte Burgstr. 23.

Schreibmaschine,
gebraucht aber noch gut
erhält. zu kaufen gesucht.
Angebote unter W 2
an die Expedition des
„Boten“ erbeten.

Schreibmaschine,
Sichtschr., z. H. gef. Preis-
Angab. m. Schreibprobe an
Krusch, Breslau 23.

Herrenschreibisch,
Diplom., m. Aufz., Aufz.,
gut erhalten, bill. zu off.
Klage, Promenade 23/24.

In großer Auswahl am Lager:

**Seidenplüsch-Mäntel, Paletots,
Samt-Paletots, Samt-Mäntel,
Astrachan-Paletots u. Mäntel**

in sehr guten Qualitäten und noch zu soliden
Preisen.

G. A. Milke Inh. Karl Schmidt
Hirschberg
Telef. Nr. 56,
Zweiggeschäft: Schmiedeberg i. R.

Gut erhaltenes Fahrrad
mit Gummibereifung sof.
zu kaufen ges. Malwals,
Dermisdorf (Knn.), Nane-
tendorfer Straße Nr. 53.

Schäufelstiele,
nur harte, nicht geschnitt.,
kauft sofort B. Malwals,
Dermisdorf i. R. Nr. 54.

Kinderbettstelle,
gut erh., m. Matr., z. off.
Strauviser Straße 5, I I.

Sportwagen (Brennabor)
m. Sonnenzelt u. Gummi-
rädern u. 5 m Drahtgarn,
1 m hoch, zu verkaufen
Poststraße Nr. 3, pt.

Planwagen,
mittelsgroß, steht z. Verkf.
Saalsberg Nr. 56.

Donnerstag, d. 21. d. M.,
von nachmittags 2 U. ab
werden
200 Ztr. Zuckerriiben
verkauft, Bentner 3 Mark.
Gemeinde-Vorstand
Querseifen im Riesengeb.

Rutenbesen
kauft jeden Posten
Paul Järte, Schreibberbau.

Zu verkaufen 1 Waren-
Regal Schlöbner Straße
Nr. 23, Schubgeschäst.

Einen halben Festmeter
Ruhbaumholz
verf. Gut Nr. 17, Jahn-
dorf bei Eppler.

Komposterde abzugeben.
Gärtner, Wilhelmstr. 71.

Suche zu kaufen eine st.
Bettstelle mit Matratze u.
ein gutes Sofa
Stonsdorfer Str. 15.

Ein Kinder-
und ein Sportwagen
zu verkaufen
Hufstraße Nr. 15a,
Windrich.

Zu kaufen ges. 1 Sofa
m. Plüschbez., gebr. Off.
unter D 7 an die Exped.
des „Boten“ erbeten.

Sämereien
verkauft Ansiedlung Nr. 2
bei Schwarzbach.

Klippfisch (markenfrei)
in trockenem sowie in ge-
brauchsfertigem Zustand
hält vorrätig

Alois Schwarzer,
Inh. Paul Vogt.